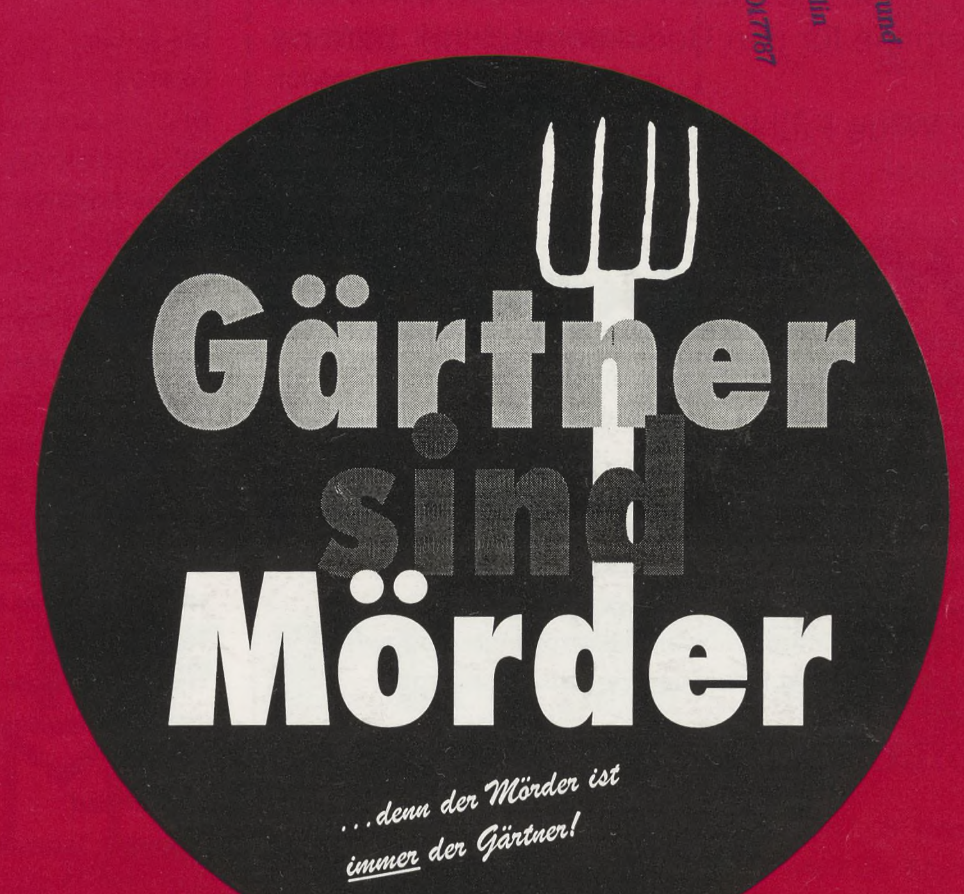
Antifa-Nachrichten-Doku

#15 - April '96
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?



SOLDATEN SIND GÄRTNER...?

DIE ALTERNATIVE ZUM URTEIL...

Tach!
Schönen Frühling auch! Ab dieser Ausgabe haben wir jetzt immer ein Comic mit drin, siehe unten: Pippi Punkratz, Norman der Normalo, Adi der Jungnazi sowie Jolly und Roger, die Besatzung des Trucks »Jolly Roger« - exklusiv für die »Was geht ab?«!
Wegen der Oster- und Sommerferien haben wir in den nächsten Monaten eine andere Erscheinungsweise, so kommt die nächste WGA erst in sechs Wochen raus. Die genauen Erscheinungstermine sind:
#16 = 15. Mai / #17 = 15. Juni / #18 = 1. September. Ab dann geht's bis zum Winter mit den gewohnte Terminen weiter. Dieses Jahr kommen also zehn Ausgaben (statt neun wie 1995) heraus. Dadurch verschieben sich natürlich auch die Termine für den Redaktionsschluß. Bitte beachten!
Gut, das reicht. Wilde Frühlingsgefühle wünscht dir die...

...WGA-Redaxtion

WGA-Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ○ **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - ○ **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
  - ○ **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
  - ○ **Archiv-Abo (#1-20) für 60 DM**
- ○ **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
  Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______
  für 3,00 DM pro Stück (erst ab 5 Stück pro Ausgabe)
  - ○ **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!
Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennwort "WGA"

Folgende **Quellen** *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AIM = Antifa Info Moabit
AN = Antifaschistische Nachrichten
antifa
Antifa/EPIs Bocholt
Antifa Niederkassel
Archiv-Nachrichten
ART = Antirassistisches Telefon
BBZ = Berlin-Brandenburger Zeitung
BeZe = Berliner Zeitung
BK = Berliner Kurier
bnr = blick nach rechts
Coupe
DESG
Die Kirche
DEMOS
DNZ = Nationalzeitung
EV = Europa Vorn
Grüne/Bündnis 90
Infoblatt
Interim
JF = Junge Freiheit
Junges Franken
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadtanzeiger
MAZ = Märkische Allgemeine
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NIT = Nationales Infotelefon
Nordtext
Opb = Ostpreußenblatt
ORB = Ostdeutscher Rundfunk
Sleipnir
Spearhead
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
WGA = Eigener Bericht
ZAK













Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #15

Erscheinungsdatum:
1. April '96
3. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel:
Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

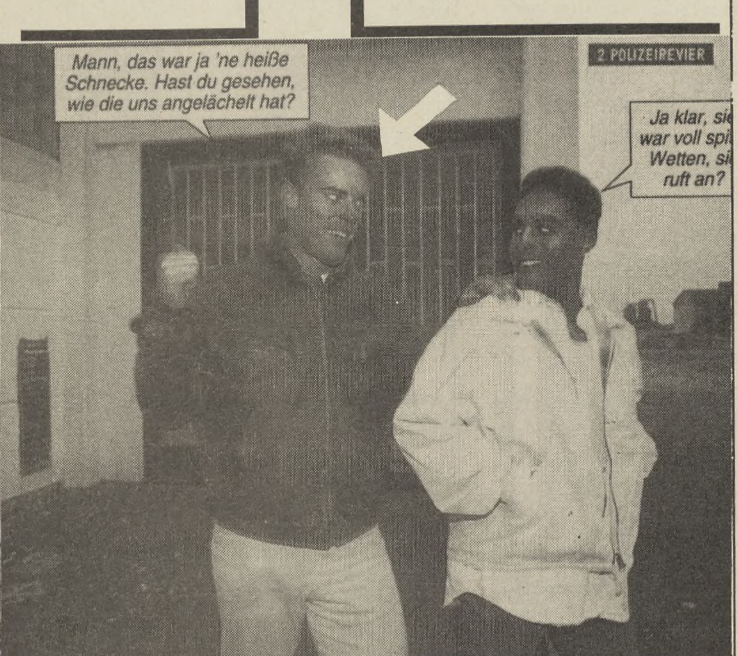
Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

So funxioniert diese Zeitung:

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International, Portrait, Neuerscheinungen** (diesmal nicht) sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten, Organisationen/ Medien, Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

INHALT:

LÖFFEL DES MONATS



Neonazi Oliver Klein in Coupe (siehe Seite 10: »Nazi als Sexstar"«)

Bundesregierung fördert »Neue Rechte«

Grüne/B.90 12.3.96 - Am 24. Januar '96 stellte **Annelie Buntenbach**, Abgeordnete der ***Grünen/Bündnis 90*** eine Kleine Anfrage im Bundestag: Seit gut einem Jahr ist in der Öffentlichkeit mehrfach auf den Einfluß der „Neuen Rechten" in der ***Bundeszentrale für politische Bildung*** hingewiesen worden. Dieser Einfluß zeigt sich in zahlreichen Publikationen der Bundeszentrale. So wurde die Themenausgabe „Deutsche Streitfragen" der Zeitschrift ***Parlament*** (Nr. 45-46) u.a. von **Ansgar Graw** konzipiert, der dem Spektrum der Neuen Rechten zugeordnet wird. Unter den Autoren der Ausgabe befanden sich zahlreiche weitere Personen dieses politischen Spektrums. Der Verfassungsschutz definiert die Neue Rechte als „Scharnier zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus", die zwar nicht eindeutig dem Rechtsextremismus zuzuordnen ist, aber eine klare Abgrenzung vermissen lassen. Diese vorsichtige Definition verkennt die zahlreichen weltanschaulichen und organisatorischen Verknüpfungen der Neuen Rechten mit dem Rechtsextremismus. Hintergrund ist das Bestreben vieler neurechter Aktivisten, die rechtsextreme Weltanschauung lediglich modernisieren und von geschichtlichen Belastungen befreien zu wollen. Einer der Zirkel, in denen sich die Neue Rechte und Rechtsextreme versammeln, ist die ***Deutsche Gildenschaft***, der auch der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Dr. **Günter Reichert** angehört. In der Themenausgabe „1945: Ende und Anfang" des „Parlament" (Nr. 18-19) zum 8. Mai 1995 wurde eine Rehabilitation des ehemaligen Funktionärs der ***NSDAP*** und des ***Volksbunds für das Deutschtum im Ausland (VDA)***, Prof. **Theodor Oberländer** von **Bernd Kallina** veröffentlicht. Dieser Kallina wurde in einem ZDF-Beitrag als ehemaliges ***NPD***-Mitglied bezeichnet, außerdem war er Pressereferent des Bundesvorstands der ***Jungen Nationaldemokraten***. In einer weiteren Ausgabe des „Parlament" (Nr. 48) wurde von **Ludwig Watzal** in einer Buchbesprechung die dritte erweiterte Auflage des Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation" beworben, in dem der Verfassungsschutz NRW einige Beiträge „eindeutig rechtsextremistischer Zielsetzung" erkennt. In dem Band „Geschichte", den die Bundeszentrale 1995 vorlegte, wird sogar die ***Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)*** des Rechtsextremen **Alfred Schickel** empfohlen. Darüber hinaus fördert die Bundeszentrale Einrichtungen wie das ***Studienzentrum Weikersheim (SZW)***, das durch Auftritte von konservativen bis rechtsextremen Referenten in beispielhafter Weise die Scharnierfunktion erfüllt. Diese Tendenzen der Bundeszentrale für politische Bildung sind umso befremdlicher, weil sie sich mit ihren Publikationen an Multiplikatoren der politischen Bildung richtet und z.B. Kopien von Artikeln des „Parlament" für Unterrichtszwecke und in Klassensatzstärke anbietet. Am 12. März '96 erklärte Annelie Bundesbach zu der Antwort auf ihre Kleine Anfrage, daß sich die Bundesregierung zur Förderung der Neuen Rechten bekannt hat. Es muß nun befürchtet werden, daß dieser „intellektuelle Rechtsextremismus" weiterhin einen festen Platz in der politischen Bildung einnehmen wird. Besonders skandalös ist die Antwort, daß die unkommentierten extrem rechten Ansichten in einigen Veröffentlichungen dazu dienen würden, die Leser anzuregen, „Positionen innerhalb des breiten demokratischen Spektrums zu beziehen", was zur „geistig-politischen Auseinandersetzung" der Bundesregierung mit dem Rechtsextremismus gehören würde. Nach dieser Logik müßte nun auch die Verbreitung offen faschistischer Propaganda gefördert werden... ◆

Prozeß gegen Lauck

JW 9.3.96 - Der Prozeß gegen den us-amerikanischen Neonazi **Gary Lauck** von der ***NDSAP/AO*** wird am 9. Mai '96 vor der Staatsschutzkammer in Hamburg beginnen. Der 42jährige hat fast 20 Jahre lang die mehrsprachige Hetzschrift ***NS-Kampfruf*** sowie andere NS-Schriften weltweit aus Nebraska versandt. Insgesamt werden ihm 38 Straftaten vorgeworfen, unter anderem Volksverhetzung und Aufforderung zur Gewalt. Im vergangenen Jahr nahm Interpol Lauck in Dänemark fest, von wo er später nach Deutschland ausgeliefert wurde. ◆

Lafontaine gegen Aussiedler

JW 27.2./4.3.96 - Der ***SPD***-Chef **Oskar Lafontaine** fordert, die Einreise von SpätaussiedlerInnen (sogenannten „Rußlanddeutschen") einzuschränken. In den letzten Jahren, so hatte er diese Forderung begründet, seien eine Million Aussiedler direkt in die Arbeitslosigkeit oder in die Rentenkassen hineingewandert. Jetzt sei es an der Zeit, den Zuzug der Deutschstämmigen zu stoppen, „weil wir sonst am Jahresende 100.000 Arbeitslose mehr haben". Bei mehreren Wahlkampfauftritten erntete er bei den SPD-AnhängerInnen großen Beifall. Die Parteilinke übte dagegen Kritik: Aussiedler dürften nicht stigmatisiert werden, „die Aussiedler drohen die Asylbewerber der Linken zu werden". Bundesaußenminister **Klaus Kinkel** widersprach der Forderung von Lafontaine. Er gab an, daß die Bundesrepublik bis zu 220.000 einreisende Aussiedler jährlich vertragen könne. Innerhalb der SPD ist Lafontaines Position stark umstritten. Die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, **Heide Simonis**, äußerte z.B., daß dieses Thema nicht auf den Hauklotz von Wahlkämpfen gehöre. Sie stellte die Position Lafontaines vorsichtig in eine Reihe mit rechtsextremistischer Propaganda. Dagegen unterstützten die Sozis **Florian Gerster** (Sozialminister in Rheinland-Pfalz) und **Dieter Spöri** (SPD-Kandidat in BaWü) Lafontaines Vorstoß. Der niedersächsische Innenminister **Gerhard Glogowski** warf jungen Aussiedlern sogar „Aggressivität und Schlendrian" vor. ◆

Neues von der Jungen Freiheit

bnr 4/96 - In letzter Zeit gab es einige personelle Veränderungen bei der rechten Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)***. Die Berlin-Seite übernahm, laut ***JF-intern***, **Patrick Neuhaus** (26) von **Martin Otto** (27). Nach knapp drei Jahren verließ **Andrzej Madela** (38) die JF. Er trat im Juni '93 der Redaktion als „Chef vom Dienst" bei und betreute Schlußredaktion und Forum der JF. Madelas Nachfolger wird der Göttinger **Hans Becker von Sothen** (34), der in der Vergangenheit schon mal für die JF tätig war. Immer noch gesucht werden feste freie JF-Korrespondenten für Norddeutschland, Düsseldorf, Thüringen/Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und den gesamten Süden der BRD. Für 1996 hat sich JF das Ziel gesteckt, 10.000 neue Leser zu werben. ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #16 ist
diesmal erst am
1. Mai '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

»Artamanen«-Treffen

bnr 4/96 - Die Bundesversammlung des Freundeskreis der ***Artamanen*** (= „Hüter der Scholle"), einer Gemeinschaft ehemaliger „Artamanen" und ihrer Freunde hat auf einer Tagung in Oberwesel die bisherige Vorstandsschaft bestätigt: 1. Sprecher ist **Paul Postrach**, Stellvertreterin **Edith Fäthke**, Stellvertreter **Hans Löhnert**. „Gebietsbetreuer" wurden in der „Nordmark" **Hermann Hoppe**, Niedersachsen Paul Postrach, Bayern/Österreich **Walter Gust**, Baden-Württemberg **Arthur Pommerening**, NRW **Albert Breunsbach** und in „Mitteldeutschland" Hans Löhnert. Als Organ dienen die vierteljährlich erscheinenden ***Artamblätter***. Ziel der 1924 aus dem Bereich völkischer Wanderbünde entstandenen „Artamanen" war unter anderem die „Zurückdrängung der polnischen Wanderarbeiter" und das „Ausfüllen der leeren Räume unserer Grenzprovinzen". Der spätere SS-Reichsführer **Heinrich Himmler** war in den 20er Jahren „Gauführer" der Artamanen in Bayern. ◆

Treffen der »Artgemeinschaft«

WGA - Zu einem „Gemeinschaftstag" am 29. März '96 lud die ***Artgemeinschaft*** ins Rheinland ein. Beginnend mit der „Sitzung des Gemeinschaftsrates" setzte sich die Veranstaltung über drei Tage vor allem mit Referaten fort. Als SprecherInnen wurden angekündigt: **Rainer Dohren** („Wissen und Mythos"), **Uschi Breier** („Wesen deutscher Volksfeste, Sitten und Bräuche") sowie **Horst Müller**. Anschließend natürlich mit „Fröhlichem Abend um den Metkessel mit Singen und Volkstanz". Eingeladen zu diesem „Frühlingsfest" hatte **Reinhard Wolter** auch Aachen. Die „Artgemeinschaft" ist eine heidnisch-faschistische Organisation, der u.a. führende deutsche Nazis wie **Jürgen Rieger** angehören. ◆

AUSSTEIGER Jörg Fischer

Taz 16.2.96 - Vor vier Jahren stieg **Jörg Fischer** nach zehn Jahren aus der rechtsradikalen Szene aus, erst heute bekennt sich der ehemalige Neonazi öffentlich dazu: „Ich habe ein schlechtes Gewissen, aber ich will keine Absolution". Der schmächtige Mann aus Nürnberg sieht nicht gerade wie ein schlägernder Faschist aus. Als ehemaliger Funktionär der ***NPD*** und der ***Deutschen Liga*** war der heute 27jährige ein Schreibtischtäter. Er weiß, daß er mit seinen Pamphleten und Artikeln einen Beitrag zu rassistisch motivierten Gewalttaten geleistet hat. Deswegen hat er auch aufgehört, still und leise. Doch heute will er andere dazu ermuntern, es ihm nachzutun. Zu Beginn seiner Karriere war Jörg Fischer gerade mal 13 Jahre alt. Als er 1982 beim Versorgungsamt Nürnberg als Diabetiker einen Schwerbehindertenausweis beantragte, landete er beim Sachbearbeiter **Günther Rust**, dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden der rechtsextremen NPD. Der verwickelte den Schüler in ein Gespräch über ausländische Kinder an den Schulen und drückte ihm die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" in die Hand. Jörg Fischer sollte sich das mal durchlesen und wieder vorbeikommen. Fischer zeigte sich interessiert, sein Antrag wurde daraufhin bevorzugt behandelt. Kurze Zeit später begann er bei der Schülerzeitung ***Frontal*** mitzumachen, die von der NPD-Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten*** herausgegeben wird. Die JN möchte gern eine *„aktivistische, höchst mobile, völlig entbürokratisierte Gruppe von politisch Militanten"* sein; und das wollte Jörg Fischer auch. Schnell stieg er organisationsintern auf, 1986 war er bereits verantwortlich für das Mitteilungsblatt der JN Bayern. Mit 18 unterschrieb er den Aufnahmeantrag in die NPD. Als Belohnung durfte er an einer einwöchigen Schulung in Italien teilnehmen. Man hatte Großes mit ihm vor: Zukünftig sollte er die Sympathiewerbung der Partei überhnehmen. Zunächst war er jedoch für Pressearbeit zuständig, dann wurde er Mitglied des Bezirksvorstands Mittelfranken. Parallel dazu stieg Fischer in die ***DVU*** ein. Parteichef **Gerhard Frey** heuerte ihn als Redakteur für seine ***Deutsche Nationalzeitung*** an. Jörg Fischer knüpfte Kontakte zu **Harald Neubauer**, dem „zweiten Mann" bei den ***Republikanern***. Man traf sich im Münchener Löwenbräu-Keller. Als sich Neubauer mit den REPs überwarf und gemeinsam mit dem NPD-Abtrünnigen **Martin Mußgnug** die „Deutsche Liga" gründete, folgte ihm auch Jörg Fischer. Er wurde Bezirksbeauftragter und Pressesprecher des ***Frankenrates***. Auf Parteiveranstaltungen rief Fischer dazu auf, eine „Widerstandsbewegung gegen Verzicht, Verrat, Ausverkauf deutscher Interessen und Überfremdungsdruck" aufzubauen. In der Parteizeitung ***Deutsche Rundschau*** hetzte er gegen „Scheinasylanten" und lobte die Wahlerfolge der Rechtsextremen in Österreich. Doch zur selben Zeit schickte er auch sein Austrittsschreiben los - ohne Begründung. *„Ich hielt die Doppelmoral nicht mehr aus"*, begründet er heute seinen Schritt. *„nach außen die taktische Distanzierung von militanten Neonazis, in Wirklichkeit aber eine wohlwollende Zusammenarbeit. Nach entsprechenden Veranstaltungen wurden Aufkleber der **NSDAP/AO** verteilt und das Hitler-Buch „Mein Kampf" zum Verkauf angeboten."* Fischer kam in Kontakt mit den notorischen Auschwitz-Leugnern **Thies Christophersen** und **Ernst Remer**. Bei privaten Zusammenkünften in Stein bei Nürnberg wurden unter lautem Gejohle Filme wie „Jud Süß" und „Der ewige Jude" gezeigt. Auch die sich 1991 häufenden Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gaben Jörg Fischer zu denken: „Ich kam mir vor wie Goethes Zauberlehrling. Die Geister, die ich rief, wurde ich nicht mehr los". Er fühlte sich mitverantwortlich und zog sich zurück. Ehemalige Mitstreiter erinnerten ihn an sie stets propagierten Grundsätze: „Ehre, Treue, Standhaftigkeit". Doch Fischer wollte seine Ruhe haben. Die Deutsche Liga reagierte langsam. Erst im August '92 verschwand sein Name aus dem Impressum der Parteizeitung. Der Verfassungsschutz war da schneller: Man wollte ihn bei **Peter Dehoust**, dem Herausgeber des einflußreichen Monatsmagazins ***Nation & Europa*** in Coburg einschleusen, stellte ihm Geld in Aussicht. Doch Fischer lehnte ab und arbeitete lieber als Versicherungsvertreter. Dann machte er eine Ausbildung als Altenpfleger, engagierte sich bei der ÖTV und wurde Betriebsrat. Es dauerte lange, bis er die Phase der inneren Emigration beendete. Mit einem „mulmigen Gefühl" wendete er sich an die ***VVN*** („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"): *„Diesen Leuten habe ich doch jahrelang 'Rotfront verrecke' entgegengeschrien"*. Fischer läßt sich überzeugen, an die Öffentlichkeit zu gehen. *„Ich will zeigen, wie leicht man als junger Mensch da hineingerät. Aber auch, wie man wieder herauskommt"*. Denn viele machen den Schritt nicht, weil sie Angst haben, alle Freunde und ihr ganzes Umfeld zu verlieren. Und er weiß, daß Verbote und Gegendemonstrationen allein das Problem des Rechtsextremismus nicht lösen können. *„Wir hatten nie das Gefühl, besonders ausgegrenzt zu sein"*, meint er heute. Viele Inhalte der rechtsextremen Parteien seien doch gesellschaftsfähig. Fischer erinnerte sich an die „guten Kontakte" zu örtlichen CSU-Kreisen. Schwierigkeiten mit Polizei und Verwaltung habe es nie gegeben, man sei im Gegenteil oft zuvorkommend behandelt worden. *„Wie ein einsamer Steppenwolf bin ich mir als Rechtsradikaler nicht vorgekommen"*. ◆

Geldstrafe gegen Heise bestätigt

JW 22.2.96 - Der Neonazi **Thorsten Heise** ist am 20. Februar '96 im Zusammenhang mit dem Fuldaer Faschistenaufmarsch vom August '93 zu einer Geldstrafe von 2.700 Mark verurteilt worden. Das Amtsgericht Fulda warf dem 26jährigen vor, uniformähnliche Kleidung getragen und damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Gegen den damaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden der ***FAP*** war bereits früher ein Strafbefehl in gleicher Höhe erlassen worden; dagegen hatte Heise aber Einspruch eingelegt. Zur jetzigen Verhandlung erschien er jedoch nicht, deshalb wurde der Strafbefehl für rechtskräftig erklärt. ◆

Rassistin bleibt

Taz 22.2.96 - Das ***Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)*** wird nicht aufgelöst. Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der PDS hervorgeht, bleibt das umstrittene Institut entgegen der Ankündigung von Innenminister **Manfred Kanther** in seiner bisherigen Form bestehen. Die durch ihre Äußerungen über die „Vermehrung kranker Menschen" („ist das vielleicht erstrebenswert?") und die „niedrigere Intelligenz" von Afrikanern in die Kritik geratene Bevölkerungswissenschaftlerin **Charlotte Höhn** bleibt die Institutsleiterin. Höhn war im September '94 unter großen öffentlichen Druck geraten, nachdem die *Taz* Ausschnitte aus ihrem Gespräch mit ihr veröffentlicht hatte, in dem sie unter anderem beklagte, daß man heutzutage nicht mehr sagen dürfe, „daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als der anderer". Charlotte Höhn hielt sich zum Zeitpunkt der damaligen Veröffentlichung bereits als führendes Mitglied der deutschen Delegation bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo auf. Als in der Bundesrepublik der Ruf lauter wurde, Höhn von dieser Position abzulösen, beorderte Innenminister Kanther als Dienstherr des seinem Ministerium unterstellten Bundesinstituts, Höhn vorzeitig zurück und leitete eine Untersuchung gegen Höhn ein, um die Vorwürfe des Rassismus gegen sie zu klären. Nach Abschluß des Verfahrens am 16. Dezember '94 teilte man mit, man sei zwar durch Urteil von Fachleuten zu dem Schluß gekommen, daß Charlotte Höhn keine Rassistin sei, jedoch zeigten ihre Äußerungen „mangelndes Gespür". Die Folge: Höhn sollte zwar nicht disziplinarisch belangt werden, dafür aber, so ließ Kanther mitteilen, solle ihr Institut ins Statistische Bundesamt eingegliedert werden. Doch mittlerweile denkt man darüber anders, wie die jetzige Antwort des Innenministers zeigt. ◆

Neue rechtsextreme Partei geplant

BeZe 9.3., JW 11.3.96 - Rechtsextremisten von den ***Republikanern***, aus der ***NPD***, der ***Deutschen Liga*** und anderen Gruppen planen derzeit die Gründung einer neuen Partei, eventuell unter dem Namen ***Vereinigte Rechte***. Diese Partei soll an den nächsten Bundestags- und Europawahlen teilnehmen. Es ist jedoch zu hoffen, daß auch diese Gründung wieder an der Uneinigkeit der deutschen Rechtsextremen scheitert, da diese meist nur ihre eigene Organisation im Mittelpunkt solcher Neugründungen sehen wollen. Diese Tendenz wird auch schon durch den REP-Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** bestätigt, der bereits mitteilte, daß sich seine Partei nicht an dieser neuen Organisation beteiligen werde. Allerdings gibt es innerhalb der Republikaner auch andere Stimmen, bleibt nur abzuwarten, wer sich durchsetzt. ◆

»Europa Vorn« von der »Jungen Freiheit« verklagt!

EV #98 - In ihrer neusten Ausgabe beklagt sich die rechtsextreme Monatszeitung ***Europa Vorn*** darüber, daß sie von der ***Jungen Freiheit*** verklagt worden ist. Grund der Klage ist der Abdruck einer Karikatur, die die JF als ihr Eigentum bezeichnet, die die „Europa Vorn" aber angeblich aus einer Zeitung namens ***Dortmunder Stimmen*** hat. Nun klagt die Junge Freiheit auf Zahlung eines Schadensersatzes. In der Europa Vorn wird spekuliert, weshalb die JF diesen Weg geht. Ihre Erklärung: *„Auf uns wirkt die 'Junge Freiheit' mehr und mehr wie ein Trojanisches Pferd des Liberalismus. Einerseits streut sie patriotische Äußerungen in ihre Berichterstattung. Andererseits protegiert sie die CDU/CSU und vor allem die FDP, leistet also einen Beitrag zur Stabilisierung der Bonner Altparteien. Viele tausend gutgläubige Patrioten haben in den letzten Jahren ihre Adressen der 'Jungen Freiheit' anvertraut. 'Zufällig' fiel ein erheblicher Teil dieser Anschriften in die Hände der 'Antifa'. Sie lagen unbewacht in einer Druckerei herum, in der die roten Terroristen Selbstbedienung üben konnten."* **Manfred Rouhs**, Artikel dieser Zeilen, droht danach den JF-Herausgeber **Dieter Stein**. Er gab auch bekannt, daß Stein vor kurzen den Rechtsextremisten **Dietmar Munier** verklagte. Anscheinend versucht die Junge Freiheit derzeit, andere rechtsradikale Blätter vom Markt zu wischen, um sich selber damit höhere Einnahmen zu verschaffen. Ist das etwa die vielbeschworene „Kameradschaft"...? ◆

»Junge Freiheit« versetzt

JF 5/96 - Manch ein Leser der rechtsradikalen Zeitschrift ***Junge Freiheit (JF)*** wartete vergeblich auf die Auslieferung des beim JF-Bücherdienst bestellten Buches „O.S" von **Arnolt Bronnen**. Der 1929 erstmals erschienene, mit dem Nationalsozialismus stark sympathisierende und von Goebbels unterstützten „Freikorps- und Oberschlesien-Roman" war in der JF Ende '95 recht positiv besprochen worden. Dies überzeugte anscheinend ein gutes Dutzend Freunde der Naziliteratur, die im Klagenfurter ***Ritter-Verlag*** erschienende Neuausgabe beim JF-Bücherdienst zu bestellen. Doch die hatten Pech, denn der Verlag und dessen Verlagsauslieferungsunternehmen für Deutschland ***„Bugrim" - Dr. Laube & Lindemann*** in Berlin weigerte sich, nachdem zunächst ein einzelnes Exemplar geliefert wurde, die weiteren von der JF bestellten Exemplare auszuliefern. Per Fax teilten sie am 22. Januar '96 mit, daß sie *„nicht daran interessiert sind, mit dem Buchdienst Junge Freiheit direkt oder indirekt in Geschäftsbeziehung zu treten"*. Und da konnte auch eine telefonische Nachfrage der JF nichts dran ändern. Zwar könne man *„nicht verhindern, daß sich JF-Leser die Bücher über den Buchhandel kaufen"*, doch wolle man selbst auf keinen Fall aktiv dazu beitragen. Die Geschäftsleitung habe beschlossen , daß man aufgrund des eigenen politisch-ethischen Standpunkts grundsätzlich eine Lieferung an den Buchdienst Junge Freiheit ablehne. Dabei hat der Verlag Einnahmen dringend nötig. Tja,... und die Junge Freiheit bestellt die Bücher jetzt über Grossisten. ◆

Nazi-Versand

bnr 4/96 - Seit Monaten findet sich in der Anzeigen-Rubrik der Zeitschrift ***Der Freiwillige***, die im Waffen-SS orientierten ***Munin-Verlag*** (Osnabrück) erscheint, die Werbung einer ominösen Organisation, die sich hinter dem Kürzel ***IAL*** versteckt. Die ***International Arme Literature*** verfügt über Postfächer in Siegen und in Owensboro (Kentucky/USA). Spezialisiert hat sich die IAL auf nationalsozialistische Militaria. „Brandneu" im Angebot ist das Video „SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler". ◆

Belohnung ausgesetzt

BeZe 17.2.96 - Die Staatsanwaltschaften Köln und Frankfurt/Main haben 500.000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Nazi-Verbrechers **Alois Brunner** ausgesetzt. Der 83jährige wird wegen Mordes an mindestens 100.000 Juden gesucht. Brunner hatte bis vor kurzem für die deutsche Justiz unerreichbar in Syrien gelebt. Jetzt gibt es Hinweise, daß er sich nach Südamerika abgesetzt hat. ◆

Manfred Rouhs jammert

WGA - Mit einem „Dringenden Spendenaufruf" wendet sich **Manfred Rouhs**, Herausgeber der ***Europa Vorn***, an seine politischen Freunde. Schon gebeutelt durch die Strafanzeige der „Jungen Freiheit" gegen sein Blatt (siehe links) hat ihm nun auch noch sein Vermieter gekündigt: *„...nutzen Sie Ihre Mietwohnung vertragswidrig als Büro und Anlaufstelle der rechtsradikalen Vereinigung „Deutsche Liga" und geben offenbar von dort auch das rechtsradikale Blatt „Europa Vorn" heraus, nach den vorliegenden Informationen eines der führenden Nazi-Hetzschriften in Deutschland. [...] Diese Aktivitäten bleiben natürlich auch nicht ohne Konsequenzen für das Mietverhältnis: Ihre Wohnung wird praktisch nicht als solche genutzt, sondern als rechtsextreme Verlagsanstalt/respektive Büro. [...] Im übrigen führen ihre rechtsextremistischen Aktivitäten auch wiederholt dazu, daß es im Hause zu Unruhe und Randale kommt, da von ihrem sozialen Umfeld ihre politischen Anschauungen verständlicherweise nicht geteilt werden."* In dem Brief beklagt Rouhs, daß er für andere büßen muß und daß ihm nun so hohe finanzielle Nachteile ins Haus stehen, daß er wahrscheinlich die „Europa Vorn" ab dem Frühjahr nicht mehr herausgeben kann. Wollen wir's hoffen! ◆

Kein Geld für REPs

BeZe 29.2.96 - Die ***Republikaner*** hatten versucht, rund 2,3 Millionen Mark staatliche Mittel zur Vorfinanzierung ihres Bundestagswahlkampfes zu erhalten. Doch der Bundesschatzmeister der REPs versäumte es, dieses Geld rechtzeitig zu beantragen. Aus diesem Grund muß die Partei nun nach einer Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts auf dieses Geld verzichten. Ein bereits ausgezahlter Teil dies Betrags müsse nun auch zurückgezahlt werden. ◆

»Leitheft« erschienen

bnr 4/96 - Zum 100. Mal ist das ***Leitheft***, ein Rundbrief der Kameradschaft ehemaliger Waffen-SS-Soldaten erschienen. Gegründet wurde das monatlich erscheinende Magazin als Konkurrenzblatt zum ***HIAG***-Organ ***Der Freiwillige***, dem zuviel demokratisches Gedankengut vorgeworfen wurde. In der 100. „Leitheft"-Ausgabe stellt die Schriftleitung stolz fest: *„Den Vorwurf von Umerziehern und Umerzogenen, wir seien 'Ewiggestrige', betrachten wir als große Auszeichnung, denn die unbeirrbare Treue zu unseren Toten, das beharrliche Festhalten am Grundsätzlichen, Charakterstärke und die daraus entstehende Gemeinsamkeit des Fühlens und Denkens hat uns einst zusammengeschweißt".* Die Geschäftsstelle der rechtsextremistischen Postille leitet **Erika Burg** aus Marl. Geworben wird für das „Leitheft" u.a. in der Nazi-Zeitschrift „Widerstand". ◆

Mordgrund Homosexualität

BeZe 12.3.96 - In Deutschland werden jährlich etwa 30 Menschen wegen ihrer Homosexualität ermordet. Darauf wies **Volker Beck**, Sprecher des Schwulenverbandes, hin. Er forderte ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Lesben und Schwule. ◆

Bundesverdienstkreuz für Mevlüde Genç

BeZe 28.2.96 - Die Türkin **Mevlüde Genç** erhielt am 27. Februar '96 in Bonn aus den Händen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, **Cornelia Schmalz-Jacobsen**, das Bundesverdienstkreuz. Bei dem faschistischen Brandanschlag auf ihr Haus in Solingen waren 1993 fünf ihrer Verwandten ums Leben gekommen. Dennoch trat sie immer öffentlich für Frieden und Toleranz zwischen den Völkern ein. ◆

Schönborns Ehrenretter

Sleipnir 1/96 - In der neuen Ausgabe der Zeitung ***Sleipnir*** beklagt sich der Rechtsanwalt **Hans Günter Eisenecker** über die angebliche Rufmordkampagne gegen **Meinolf Schönborn**. Ausgangspunkt waren Morddrohungen gegen den Richter **Reichel** (siehe WGA #14), der Schönborn im vergangenen Jahr verurteilte. Daraufhin gab es diese Morddrohungen, über die in verschiedenen Tageszeitungen und Radiosendungen berichtet wurde. Darin tauchte natürlich auch immer wieder Schönborns Name auf, was dieser nun als eine Beschuldigung seiner Person sieht. So ganz unwahrscheinlich dürfte das auch nicht sein. Immerhin stand Schönborn auch im Zusammenhang mit dem ***Nationalen Einsatzkommando***, einer Terrorgruppe, die innerhalb der ***Nationalistischen Front (NF)*** gegründet werden sollte. Damals war Schönborn Bundesvorsitzender der NF. ◆

Prozeß gegen Siegerist

BeZe 15.3.96 - Gegen **Joachim Siegerist**, Vorsitzender der ***Deutschen Konservativen***, läuft derzeit in Hamburg ein Prozeß wegen Aufstachelung zum Rassenhaß, Beleidigung und Volksverhetzung. Mitangeklagt ist der Geschäftsführer des Verein, **Uwe Hempen**. Dies ist der Berufungsprozeß, im April '94 wurden beide bereits verurteilt. Am 14. März '96 wurde der Prozeß unterbrochen, da eine der Rechtsanwältin ihr Mandat niedergelegt hat. Siegerist ist auch in Lettland politisch aktiv (siehe WGA #10, 12-14). ◆

Offener Brief an »Zillo«

Antifa/EPIs Bocholt - Die ***Antifa/EPIs Bocholt*** haben einen offenen Brief an **Rainer Ettler**, dem Herausgeber der ***Zillo*** geschrieben (siehe WGA #14), den wir hier dokumentieren. Sie (und auch wir) würden es gerne sehen, wenn auf diesem Wege mehr Druck auf Ettler bzw. die Zillo ausgeübt wird, um zu erreichen, daß in Zukunft keine rechtsextremen Anzeigen mehr angenommen werden und sich die Redaktion davon klar distanziert. Anschrift: *ZILLO, z.Hd. Rainer Ettler, Lachswehrallee 11, 23558 Lübeck.*



Hallo Rainer! Nicht nur, daß Du linke Ironie mit rechter Gewalt gleichsetzt (so geschehen im Falle der Zensur des WIZO-Titels „Kein Gerede"), nicht nur, daß Du die Judenverfolgung im „Dritten Reich" mit einer „Schwarzenverfolgung" in Durmersheim vergleichst (hast Du Dir mal Gedanken gemacht, was Überlebende aus dieser Zeit bei Deinen Worten empfinden mögen? Das hättest Du aber tun sollen!). Nein! Jetzt wirbst Du in Deiner Zeitung ZIILLO auch noch ganz offen für die JUNGE FREIHEIT! Die Junge Freiheit ist ein wichtiges Propagandainstrument der „Neuen Rechten". Sie ist besonders gefährlich, da ihr rassistischer und faschistischer Inhalt nicht direkt zu erkennen ist, sie versucht, sich einen intellektuellen und seriösen Anstrich zu verpassen. So wirkt sie als Bindeglied zwischen FaschistInnen und Konservativen. Wir gehen davon aus, daß Ihr die Zeitung und deren Inhalt kennt und akzeptieren Unwissen nicht als Ausrede für einen Abdruck der Werbeanzeige. [...] Wir sind der Meinung, daß Du Deine LeserInnen darüber aufklären solltest, WER Deine Zeitung durch Werbung finanziert, so daß sie frei entscheiden können, ob sie ZILLO weiterhin lesen oder eben nicht! Wir möchten, daß Du Dich mit unserer Kritik auseinandersetzt und darauf reagierst! Solltest Du nicht den Mut besitzen, dies in Deiner Zeitung zu tun, so erwarten wir doch wenigstens eine briefliche Stellungnahme. [...] Wir hoffen, daß wir nicht die einzigen sind, die sich beschweren und ZILLO in Zukunft bestimmt nicht mehr kaufen werden. ◆

NEIN zur FESTUNG EUROPA

Offene Grenzen Offene Menschen

»Schengenland« ist abgeschottet

JW 14.3.96 - Das Bundesinnenministerium und sein Staatssekretär **Kurt Schelter** sind knapp ein Jahr nach Inkrafttreten des „Schengener Abkommens" über den (angeblichen) Wegfall der Binnengrenzkontrollen zufrieden. Derzeit nehmen neben der Bundesrepublik die Benelux-Staaten, Frankreich, Spanien und Portugal teil. Italien, Griechenland und Österreich gehören dem Schengen-Verband zwar an, setzen das Abkommen aber wegen mangelnder rechtlicher und technischer Voraussetzungen noch nicht um. Kern des Abkommen sind polizeiliche Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Grenzkontrollen. Dazu zählen die Möglichkeit zu grenzüberschreitender Beobachtung durch die nationalen Polizeien, die „polizeiliche Nacheile" über die Grenzen hinweg und der Aufbau des Fahndungssystems SIS (Schengener Informationssystem). Die Übereinkunft, so Schelter, leide zwar noch an „Kinderkrankheiten", habe sich aber insgesamt bewährt. Die „Philosophie des Abkommens" sei richtig, nämlich Freizügigkeit nach innen und Abschottung nach außen. Über die „Ausgleichsmaßnahmen" rüstet sich Schengenland gegen die drei wichtigsten vermeintlichen Bedrohungen der „Inneren Sicherheit": Flüchtlinge bzw. illegale Einwanderung, organisierte Kriminalität sowie Terrorismus. Die von Frankreich kurz nach Inkrafttreten des Abkommens wieder eingeführten Grenzkontrollen stellen laut Schelter das Abkommen selbst nicht in frage. Frankreich begründete seine Handlungsweise mit der Bekämpfung von Terrorismus und der liberalen Drogenpolitik der Niederlande. Diese läßt auch in der Bundesrepublik auf konservativer Seite den Ruf lauter werden, die Grenzen nach Holland wieder regulär zu kontrollieren. Entsprechendes sieht ein *CSU*-Antrag im bayerischen Landtag vor. Bayern und der Bundesinnenminister **Manfred Kanther** drängen überdies die übrigens Bundesländer, ihren „Sicherheitsschleier" nach bayerischem Vorbild zu verdichten. Die bayerische Polizei ist befugt, unabhängig von konkretem Verdacht im grenznahen Raum umfassende Kontrollen durchzuführen. Wenig zufrieden zeigte sich der Staatssekretär dagegen mit dem SIS. Dies nutzen derzeit vorrangig Frankreich und die BRD, die 3,4 Millionen der insgesamt 3,7 Millionen gespeicherten Datensätze eingelesen haben. Insgesamt hat das SIS eine Kapazität von sieben bis acht Millionen Sätzen. Das Computersystem mit seinen 30.000 Terminals, davon 9.000 in der Bundesrepublik, ist allerdings weit mehr als ein reines Fahndungssystem nach Strafverdächtigen und unerwünschten, zur Ausweisung ausgeschriebenen „Drittstaatlern". Denn nur in wenigen Fällen werden Personendaten dringend Tatverdächtiger eingespeist, vielmehr werden präventiv Daten möglicherweise irgendwann Verdächtiger gesammelt. „Viele Daten sollen 'Personen mit Vorgängen' betreffen, also Verdachtsdaten", schreibt der Schweizer Jurist **Beat Leuthardt**. Ermittlungen im Zusammenhang mit politischen Delikten reichen nach seiner Kenntnis nach bereits für eine Speicherung im SIS. ◆

Flucht in den Tod

JW 23.2.; Die Kirche 3.3.96 - Erneut hat sich ein abgelehnter Asylbewerber aus Angst vor seiner Abschiebung das Leben genommen. Wie die Polizei mitteilte, wurde ein 33jähriger Mann, der aus dem afrikanischen Staat Elfenbeinküste stammt, am Morgen des 21. Februar '96 bei Murrhardt in der Nähe von Stuttgart tot neben einer Bahnstrecke gefunden. Er sei von einem Zug erfaßt und tödlich verletzt wurden. Der Flüchtling, der zuletzt in der Gemeinde Sulzbach wohnte, hätte am selben Tag in sein Herkunftsland abgeschoben werden sollen. Einer bereits im November '95 erfolgten Aufforderung zur Ausreise hatte er keine Folge geleistet. **Heiko Kauffmann**, Sprecher von ***Pro Asyl*** bezeichnete die Selbsttötung des Flüchtlings als „Schande für Deutschland". Solche Verzweiflungstaten würden nur noch als Dreizeilen-Meldung bekanntgegeben, was ein hohes Maß an Gleichgültigkeit und menschlicher Kälte deutliche mache. Mit dem Tod dieses Asylbewerbers stieg die Zahl der Zahl der Flüchtlinge, die sich in den letzten zwei Jahren das Leben genommen haben, auf 22. ◆

BGS-Beamter schoß auf Polen

JW 2.3.96 - In der Nacht zum 29. Februar '96 schoß ein ***BGS***-Beamter auf eine Gruppe von etwa 10 bis 15 Personen, die in einem grenznahen Waldstück in der Nähe von Guben von einer BGS-Streife beobachtet worden waren. Als die Grenzschützer die Personen kontrollieren wollten, flüchteten diese. Ein Beamter zog die Waffe und traf einen Polen durch einen Schuß in die Schulter. Der Mann mußte operiert werden, die übrigen Menschen entkamen. ◆

Gericht zweifelt „sicheren Drittstaat" an

JW 13.3.96 - Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hat die Verfassungsmäßigkeit der Drittstaatenregelung für AsylbewerberInnen angezweifelt. Wie eine Sprecherin mitteilte, stoppten die Richter eine Abschiebung eines staatenlosen Palästinensers, der über die Tschechische Republik nach Deutschland eingereist war und hier einen Asylantrag gestellt hatte. Normalerweise hätte er zurück nach Tschechien gemußt. Das Gericht bezweifelte jedoch aufgrund von Berichten von ***Amnesty International***, daß Tschechien tatsächlich ein sicherer Drittstaat sei. Amnesty lägen Erkenntnisse vor, wonach Flüchtlinge in Tschechien ohne Asylverfahren direkt wieder zurück in ihre Heimatländer geschickt würden. Die Richter forderten eine Stellungnahme des UN-Flüchtlingskommissars an. Schließe sich der den Zweifeln der Richter an, werde der Fall dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. ◆

Neuer BGS-Chef an der Grenze nach Polen

Tsp 29.2.96 - Am 28. Februar '96 wurde der Führungswechsel im Grenzschutzamt Frankfurt/Oder des ***Bundesgrenzschutzes*** offiziell verzogen. In einer Feierstunde hat der Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost, **Bernd Walter**, den bisherigen Frankfurter BGS-Chef **Ortwin Popp** verabschiedet. Gleichzeitig wurde **Jürgen Reimann** als sein Nachfolger in das neue Amt eingeführt. Walter erinnerte in seiner Rede an den Aufbau des Grenzschutzamtes, das für die Kontrolle und Sicherung von 431 Kilometern deutsch-polnischer Grenze zuständig ist. Er lobte die „Leistungen" von Popp, der zuletzt mit 2.325 Beamten gearbeitet hatte. Jürgen Reimann möchte den BGS in den grenznahen Gebieten transparenter gestalten und die Kontakte zur Bevölkerung verbessern. Damit dürfte gemeint sein, daß noch mehr als bisher auf Spitzeldienste und Denunziationen durch die Bevölkerung gebaut werden soll. Außerdem möchte er in Zukunft besser mit dem polnischen Grenzschutz zusammenarbeiten, der potentielle Flüchtlinge schon vor der Grenze abfangen soll. ◆

Albaner sollen raus

Taz 29.2.96 - Anerkannte AsylbewerberInnen aus Albanien können nach einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichtes wieder abgeschoben werden. Das Gericht erklärte, es habe keine Bedenken gegen die Feststellung des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim, wonach in Albanien „mit Verfolgung nicht mehr gerechnet werden muß". Dies gilt jedoch nur für Flüchtlinge, denen keine dauerhafte Aufenthaltszusage gemacht wurde. ◆

Neue Menschenjäger

JW 17.2.96 - Das „Grenzschutzkommando Ost" teilte im Februar '96 mit, daß in diesem Jahr 550 Ausbildungsplätze beim ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** angeboten werden. Doch „nur die Besten unter den Bewerbern werden eine Chance haben", heißt es weiter. Denn es müsse dem gestiegenen Kriminalitätsniveau Paroli geboten werden und das sei nur qualifizierten Beamten möglich. Wem sich die hellsten Köpfe unter deutschen Männern und Frauen wagemutig entgegenstellen sollen, verdeutlichte Innenminister **Manfred Kanther** (CDU) Mitte Februar nach Abschluß einer dreitägigen Fahrt durch die Grenzregionen Sachsens und Brandenburgs. Er würdigte die BGS-Erfolge bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität - womit er ausschließlich die „Kriminalität" der Grenzüberschreitung selbst gemeint haben dürfte. Denn er prahlte, daß seine tüchtigen Jungs im vergangenen Jahr allein an der Grenze zu Polen 24.000 illegale Einwanderer gestellt hätten. Zudem seien den Grenzschützern 2.053 „Schleuser" ins Netz gegangen. Seit 1991, als 610 Schleuser erwischt wurden, sei die Zahl gestiegen - trotz der immer professioneller arbeitenden Schlepperorganisationen. Um mit diesen weiterhin mithalten zu können, versprach Kanther, dem Bundesgrenzschutz 39 zusätzliche Infrarot-Kameras zur Überwachung zu verschaffen - neben den jungen Auszubildenden und 500 bis 600 neuen KollegInnen. Gleichzeitig sprach er sich für den verstärkten Einsatz von Zivilstreifen, eine verbesserte Ausstattung der Beamten mit Funk- und Informationstechnik sowie für modernere Grenzübergänge aus. Kanther hat Großes vor. Ähnlich dem sächsischen Innenminister **Klaus Hardraht** mahnte er Polizei und Länder, künftig einen „noch dichteren Sicherheitsschleier" um die 1.264 Kilometer lange Grenze zu Polen und Tschechien zu ziehen. In diesem Zusammenhang konnte er selbstverständlich nicht unerwähnt lassen, daß die Sicherheit der Deutschen nur durch eine strenge Handhabung der Asylgesetzgebung gewährleistet werden könne. So sei die schnelle Rückführung von Ausländern ohne Bleiberecht eine „zwingende Notwendigkeit", ebenso wie die zügige Abwicklung von Asylverfahren. Insgesamt sei die Zahl von 430.000 Asylsuchenden 1992 auf 1995 nur noch 128.000 gesunken. Den Rückgang erklärte der Innenminister neben der bereits erfolgten Aufstockung des BGS um mehr als 4.000 Grenzhüter mit der seit Juli 1993 möglichen Abschiebung von Flüchtlingen, die durch ein „sicheres Drittland" eingereist seien. Beim Durchforsten von Büschen und Flüssen nach AusländerInnen können die hellen Köpfe nicht nur ihre Schlauheit unter Beweis stellen. Zugleich erbringen sie der deutschen Solidargemeinschaft einen großen Dienst, sagte Kanther. Die nicht gesteuerte Zuwanderung fordere die sozialpolitische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes heraus. Und wovon sollten dann neue Arbeitsplätze für Deutsche finanziert werden, zum Beispiel an der Ostgrenze? ◆

20 BGS'ler gegen zwei Kinder

Taz 9.2.96 - Zwanzig Beamte des ***Bundesgrenzschutzes*** haben am 7. Februar '96 die Einreise zweier kurdischer Kinder im Alter von zwei und sechs Jahren verhindert. Auf dem Stuttgarter Flughafen umzingelten sie die wartenden Eltern der Kinder und entrissen ihnen Tochter und Sohn wenige Minuten nach der Ankunft aus Istanbul. Die Kinder wurden sofort wieder in die Maschine zum Rückflug in die Türkei gesetzt. Der Grenzschutz rechtfertigte das Verhalten der Beamten damit, die Eltern **Ali** und **Elif Soytut** hätten „keine eindeutige Auskunft darüber gegeben, wie lange sich die Kinder bei ihnen aufhalten sollten". Man hätte also davon ausgehen müssen, daß die Kinder „ständig" hierbleiben wollten. Die Eltern haben Asylanträge gestellt, über die aber noch nicht abschließend entschieden ist. „Da nicht damit zu rechnen ist, daß der Asylantrag positiv beschieden wird", so die Grenzschützer, habe man die Kinder wieder zurückgeschickt. Dies durchzusetzen, sei nur „mit Mitteln der einfachen körperlichen Gewalt möglich" gewesen, da sich Ali und Elif Soytut trotz der staatlichen Übermacht zur Wehr setzten. Der Vater wurde dabei an der Hand verletzt, die Mutter erlitt einen Nervenzusammenbruch. Die Polizei vermerkte abschließend: „Aufgrund der Lage war es notwendig, den ärztlichen Dienst der Rettungsflugwacht heranzuziehen. Durch den Arzt wurde die Einlieferung der beiden Betroffenen in die psychiatrische Abteilung des Krankenhauses Nürtingen veranlaßt". ◆

Seelsorge für BGS'ler

Die Kirche 18.2.96 - Die evangelische Kirchenprovinz Sachsen will sich künftig an der Seelsorge an BGS-Beamten beteiligen. Die Beamten des Bundesgrenzschutzes seien „außergewöhnlichen psychischen Belastungen" ausgesetzt. Die Kirchenleitung beschloß, der seit 1965 geltenden Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und mehreren westdeutschen Landeskirchen zur Seelsorge im BGS beizutreten. Dadurch werde der Einsatz evangelischer Grenzschutzpfarrer im Nebenamt möglich, teilte die landeskirchliche Pressestelle mit. ◆

Baden-Württemberg

REP-Treffen

WGA - Am 25. März '96 fand um 9.30 Uhr in der *Republikaner*-Landesgeschäftsstelle (Pelargusstraße 1-3, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-6492001, Fax 0711-6409744, Infoband 0711-6079732) eine Sitzung des REP-Landesvorstandes mit den bisherigen und neuen Landtagskanditaten statt. Als Einlader trat **Alfred Degenbach** auf. ◆

Nazi als Sex-Star

Coupe 3/96, bnr 5/96 - Der Karlsruher "Kameradschaftsführer" **Oliver Klein** (siehe Seite 3: „Löffel des Monats") ist neuer Sexstar in der Porno-Zeitschrift ***Coupe***. Unter dem Namen Thomas verprügelt er hier irgendeine finstere Gang, gewinnt natürlich und ist der Held. Der Held war er auch 1993 beim traditionellen Pfingstlager der rechtsextremistischen ***Wiking-Jugend (WJ)*** in Hetendorf. Oliver Klein trat hier für den „Gau Schwaben" (Baden-Württemberg) an und kämpfte sich an die Spitze der 142 teilnehmenden „Jungen und Mädel", nachzulesen in der März-Ausgabe vom WJ-Organ ***Der Wikinger***. Seine öffentlichkeitswirksamen Sex-Spielchen bringen seinen rechtsextremistischen Freundeskreis nun auf die Palme. Im neonazistischen Mailboxsystem ***Thule-Netz*** schreibt ein ***Stoffel*** über den Coupe-Auftritt von Klein entsetzt: *„Olivia" treibt's dort mit allerlei Mädeln und ist sich nicht zu schade, als Transvestit in Damen-Strapsen herumzuspringen"*. Oliver Klein, der sich auch heute noch als „volkstreu" versteht und „weiter nationale Politik betreiben" will, sagt zu dieser Porno-Geschichte: *„Da gibt's geile Frauen und es bringt Geld"*. ◆

Verfahren gegen PBS eingestellt

JW 29.2.96 - Das Verfahren gegen den rechtslastigen ***Pfadfinderbund Süd (PBS)*** ist eingestellt worden. Lastwagenweise Unterlagen mit dem dringenden Verdacht auf Rechtslastigkeit hatte die Polizei im April '95 bei elf führenden Mitgliedern des PBS beschlagnahmt (siehe WGA # 7). Beim PBS war u.a. ein „Führerhandbuch für den internen Führungszirkel des PBS" aufgetaucht, in dem der sog. „Leuchter-Report" abgedruckt war. Auch die rechtsradikale Zeitung ***Code*** ging auf PBS-Treffen um. Das Justizministerium wies auf Verbindungen zwischen dem PBS und den ***Republikanern*** hin. Trotzdem müssen seit Ende Februar '96 neun Pfadfinderführer (u.a. **Dieter Scholz** und **Peter Senger**) nicht mehr mit einer Strafverfolgung rechnen. ◆

Peter Singer in Heidelberg

Taz 9.2.96 - Der australische Philosoph und Bioethiker **Peter Singer**, der als Verfechter des Euthanasiegedankens gilt und dem von Kritikern Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut vorgeworfen wird, ist seit mehreren Jahren das erste Mal wieder als Redner zu einem Kongreß nach Deutschland eingeladen worden. Er soll Angaben zufolge Anfang Mai in Heidelberg auf einer Veranstaltung über „Fundamentalismus und Wahrheitssuche" sprechen. ◆

Schönhuber darf beleidigen

EV #97 - Das Landgericht Karlsruhe hat die staatsanwaltschaftliche Berufung gegen ein Urteil des örtlichen Amtsgericht verworfen, in dem **Franz Schönhuber** vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen wurde. Schönhuber hatte den baden-württembergerischen Innenminister **Frieder Birzele** als „schäbiges Subjekt" und als „rotlackierten Nazi" beschimpft. ◆

Bayern

Anti-Antifa-Spitzelei

Junges Franken #9 - Die Nazi-Zeitung ***Junges Franken*** (Ableger des ***Nationalen*** - Blattes ***Berlin-Brandenburger Zeitung***) übt sich in Anti-Antifa-Arbeit. So werden in der neusten Ausgabe das selbstverwaltete Nürnberger Kulturzentrum ***KOMM*** und der Buchladen ***Libresso*** mit Fotos und Adresse vorgestellt. Am Ende des Anti-KOMM-Artikels befindet sich zwar kein Autorenname, aber dafür die Adresse der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und ein Statement vom JN-Sprecher **Reinhard Busch** (19). Für den Anti-Libresso-Artikel zeichnen sich **Andreas Morbach** und der zu Gefängniss verurteilte Berliner Nationalen-Kader **Christian Wendt** verantwortlich. In dem Artikel heißt es u.a. *"Das Junge Franken wird jedenfalls auch weiterhin die kriminelle Antifa-Szene der Franken-Metropole im Auge behalten, um durch die Veröffentlichung von Informationen über diese Szene nationalen Bürgern den Selbstschutz vor Anarcho-Gewalt zu ermöglichen"*. ◆

Rechter Runder Tisch

DESG 1-2/96 - Die Bildung der rechten „Runden Tische" in Deutschland geht weiter. So wurden mittlerweile das „Eisenacher Signal", die „Münchner Mahnung", der „Rheinische Appell", die „Ingolstädter Erklärung", der „Berliner Ratschlag" und die „Pulheimer Erklärung" verabschiedet. Seit neuestem soll nun auch das ***Bayerische Wählerforum '98*** mit Veranstaltungen in Würzburg, Bamberg und Nürnberg dazugekommen sein. ◆

Hans-Münstermann-Nazimarsch

JW, Taz, BeZe 26.2.96, Infoblatt - Am 24. Februar '96 fand in Aschaffenburg der rechtsradikale „Hans-Münstermann-Gedenkmarsch" mit rund 300 Nazis statt. **Hans Münstermann** war Türsteher in einer Aschaffenburger Disco, Kick-Boxer, rassistischer Schläger und Mitglied der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***. Er hatte zusammen mit 20 bis 25 rassistischen Jugendlichen, darunter auch der ***FAP***-Kreisvorsitzende **Robert Iliazovic**, am 22. Februar '93 fünf albanische Flüchtlinge mit Holzlatten zusammengeschlagen. Einer der schwerverletzten Flüchtlinge stieß mit einem Messer nach Münstermann und traf ihn tödlich. Seitdem findet alljährlich ein Nazi-Marsch für Münstermann statt. Gegen diesen Nazi-Aufmarsch demonstrierten diesjahr rund 400 AntifaschistInnen, die aber aufgrund der starken Polizeipräsenz den Nazi-Aufmarsch nicht verhindern konnten. Den Aufrufen der ***Na-***

tionalen Infotelefone (NIT) zu diesem Marsch folgten Vertreter der Jungen Nationaldemokraten (JN), der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), der ***NPD*** und der verbotenen ***Deutschen Alternative (DA)***. Die Polizei hatte im Vorfeld zahlreiche Kontrollstellen eingerichtet und Schlagstöcke, Schreckschußwaffen, Messer und Beile beschlagnahmt. Trotzdem kam es zu kleineren Schlägereien und 28 Festnahmen. ◆

Nazi-Info-Dienst »NIFAS«

Junges Franken #9 - Aus Mittelfranken kommt jetzt ein ***Nationales Info FaxAbrufsystem (NIFAS,)*** das stundenweise in Betrieb geht. Zielgruppe dieses NIFAS-Systems sind rechtsextremistische Gruppen, die ein Fax oder ein Fax-Modem besitzen und so stündlich über die neusten Ereignisse aufgeklärt werden können. Nähere Infos darüber gibts über die Mailboxen im ***Thule-Netz***, über das ***Junge Franken*** oder über die ***Arbeitsgemeinschaft W.I.R.*** (Postfach 4016, 90020 Nürnberg). ◆

Nazi-Soldat erwischt

JW 15.3.96 - Bei einer Routinekontrolle am österreichischen Grenzübergang Oberjoch fand die Grenzpolizei bei einem Bundeswehrsoldaten Nazipropaganda und eine Waffe im Kofferraum. Der Sympathisant einer rechtsextremistischen Organisation wollte die 20 bis 30 Flugblätter über die Grenze schmuggeln. ◆

ENiD plant Tagung

NE 3/96 - Die rechtsstehende ***Evangelische Notgemeinschaft e.V (ENiD)*** plant ihre Frühjahrs-Studientagung 1996 am 13./14. April '96 in Coburg stattfinden zu lassen. Als Referenten sind **Ernst Nolte** aus Berlin und **Günter Rohrmoser** aus Stuttgart vorgesehen. Infos und Anmeldungen gibt es bei: Ev. Notgemeinschaft, Sekretariat, Brunnenfeldstraße, 71279 Renningen. ◆

Ochsenreiter sucht Freunde

JF 9/96 - Der Schüler **Manuel Ochsenreiter** (geb. am 18. Mai 1976 in Isny im Allgäu) sucht über die ***Junge Freiheit (JF)***„konserative ***CDU/CSU/JU***-Mitglieder aus Süddeutschland für das ***Christlich Konserativ Deutschland Forum (CKDF)*** in Bayern/Baden-Württemberg". Ochsenreiter ist aktiver Funktionär in dieser Gruppe und in der ***Jungen Union***. Er dümpelt schon seit geraumer Zeit in der braunkonservativen Szene der Bundesrepublik herum und ließ sich in dem Buch „Wir 89er" über sein „konservatives Lebensgefühl" und über seine Meinung gegen Linke und Antifas aus. Das Buch „Wir 89er" ist von dem JF-Redaktionsmitglied **Roland Bubik** initiiert worden und soll eine „zornige Auflehnung gegen die Denk- und Sprechverbote der deutschen Linken darstellen". In diesem Buch sind neben Ochsenreiter und Bubik noch **Dieter Stein** (JF-Chef), **Klaus Wolfschlag**, **Imone Satzger**, **Frank Hauke** (siehe WGA # 10), **Bettina Bensen**, **Patrick Martens**, **Jens Falk**, **Ellen Kositza** (die JF-Redakteurin fährt „aus Provokation" auf Horst Wessel ab), **Frank Liebermann** (JF-Redakteur), und **Michael Hageböck** (JF-Autor) vertreten. ◆



Manuel Ochsenreiter

Klaus Beier kandidiert

Junges Franken #9 - Der Nazi-Kader **Klaus Beier** (u.a. ***NPD, JN, Junges Franken***) kandidiert in Karlstadt für die NPD zum Bürgermeister. In der Nazizeitung Jungen Franken (Herausgeber **Frank Schwerdt**, Leitender Redakteur **Christian Wendt**, Stellvertreter **Klaus Beier**, Bezug über: Klaus Beier, Postfach 1209, 63882 Miltenberg, Fax: 09373/99086) steht zu lesen: *„Es gibt für nationalgesinnte Bürger der Main-Spessart-Kreisstadt nur einen Kandidaten, wenn Karlstadt nicht vollständig in die Hände der Ausländerlobby fallen soll*". In Karlstadt versucht die NPD immermehr Fuß zu fassen, so führte sie hier ihr Deutschland-Treffen und eine Demonstration gegen eine Moschee durch. ◆

Deutsche Schlesienhilfe Salzweg e.V.

bnr 3/96 - Im ***Ostdeutschen Pressedienst***, der vom Präsidium der revanchistischen ***Notverwaltung des Deutschen Osten (NDO)*** herausgegebenen wird, wird auf eine ***Deutsche Schlesienhilfe Salzweg e.V.*** (vormals ***Salzweger Hilfsaktion und Eichendorf-Schlesischer-Hilfsfond***) aufmerksam gemacht. Dieser unterstützt nach eigenen Angaben u.a. kriegsbeschädigte Soldaten der alten Wehrmacht und die Arbeit der ***Deutschen Freundeskreise (DFK)*** in „Schlesien". Erster Vorsitzender der Deutschen Schlesienhilfe Salzweg e.V. ist **Alf Buhl**. Verantwortlicher für den Ostdeutschen Pressedienst ist der „schlesische Dichter" **Erich Lipok-Cosel**. Dieser ist vom ***Studentenbund Schlesien (SBS)*** mit dem „Schlesischen Kulturpreis der Jugend" ausgezeichnet worden. ◆

Biener sucht

EV #98 - In der Nazi-Zeitung ***Europa Vorn*** sucht ein **Karl Biener** (Böhmerwaldstr. 9, 85365 Moosburg) historische Reden auf Video oder Kassette. ◆

Berlin

Neues von den Nationalen & Co

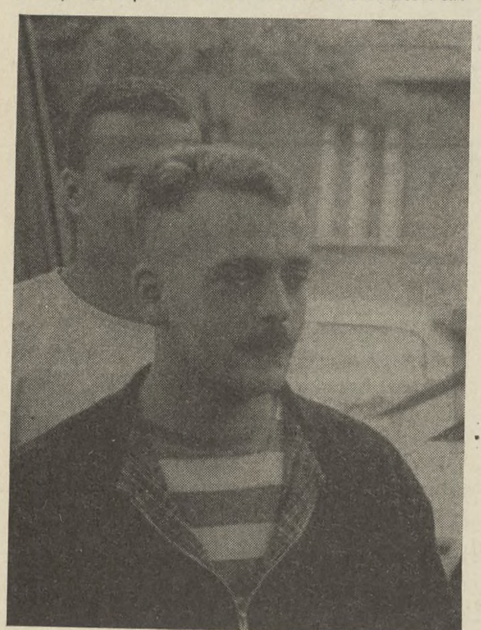
AIM, WGA/ute, NIT, BBZ #18 - Der neueste Trend aus Moabit heißt ***Kameradschaft Berlin-Nord „Beusselkiez"*** und fabriziert hat ihn mal wieder **Mike Penkert**, Nazi-Hyperaktivist aus der Wilsnackerstr. 13. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 22. Oktober '95 kandidierte er für die ***Nationalen*** im Tiergarten Wahlkreis 2. In der Wahlkampfphase September/Oktober '95 zogen von Penkerts Wohnung aus fast jede Nacht Neonazis los und verschandelten die Gegend mit faschistischen Parolen und Plakaten. Die Moabiter ***Republikaner***-Aktivisten **Kim Kurlbaum**, **Michael Aulich** und zeitweise auch **Frank Seifert** unterstützten offensiv die Wahlkampfaktivitäten des Direktkandidaten. Zusammen mit diesen REP-Aktivisten gründete Mike Penkert dann auch seine Kameradschaft deren Aktivitäten sich auch auf's Aufkleberkleben und Flugblattverteilen beschränken. Bei den Aufkleber handelt es hauptsächlich sich um bereits vorgefertigte Propaganda vom ***RK-Druck und Vertrieb*** aus Hagen und die Flugies sind aus den rechtsradikalen ***Unabhängigen Nachrichten*** kopiert. Am 14. Februar '96 tauchte dann die Clique um Penkert und Aulich für stolze zehn Minuten vor dem Hertie in der Turmstraße auf und beklagten in denen von Ihnen verteilten Flugblättern die Bombardierung der Stadt Dresden am 13.-14. Februar '45. Das Treiben des Nazi-Aktivisten ist der ***AG gemeinsam gegen Rechts*** schon lange zu bunt geworden und darum informierte sie am 24. Februar '96 die Bevölkerung durch eine größere Verteilaktion über Penkerts braune Machenschaften. Darauf reagierte Penkert mit einem Brief vom 5. März '96, u.a. an die Jusos und die PDS-Tiergarten, in dem er erklärt, daß das Flugblatt „Wir wollen keinen Nazitreff in der Nachbarschaft haben!" ein Eingriff in seine Persönlichkeitsrechte darstellt und die im Impressum als Mitherausgeber genann-

NICHT VERGESSEN:
Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #16 ist der
1. Mai '96

ten Gruppen bis zum 12. März '96 (14.00) eine beigefügte strafbewehrte Unterlassungserklärung unterschrieben bei ihm abzugeben hätten. Den Brief verschickte er als Eilsendung bzw. als Einschreiben mit Rückschein, wobei ihn 19 Mark Porto nicht zu stören scheinen. In der neuesten Ausgabe der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** (von den Nationalen) läßt die Kameradschaft zum Thema „Runde Tische" verlauten, daß die Einheit aller Nationalen von unten käme sowie: *„Uns sollte bewußt sein, daß das System uns durch seine Unterdrückung im Entfernten sogar geholfen hat, Schwätzer, Mitläufer und Verräter aus unseren Reihen zu subtrahieren ... Laßt es nicht zu, daß wenige aus der angeblichen 'Führung' unsere Ziele verwässern."* Am 29. Februar '96 in aller Frühe durchsuchte die Polizei Penkerts Wohnung über mehrere Stunden - dem Vorsitzenden der Nationalen Frank Schwerdt und auch anderen Berliner Neo-Nazis passierte das gleiche. Über Ziel und Zweck der Aktion ist uns bisher nichts bekannt. ◆

Burmeister ist wieder frei

WGA/ute 3/96 - Am 4. März '96 fand der Prozeß gegen den Berliner Ex-FAP-Kader **Lars Burmeister** statt. Im Wahlkampf im Sommer '92, als auch die ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*** im Prenzlauer Berg kandidierte, wurden drei Linke in der Winsstraße vor der Kneipe „Stop 7" von ca. 15 FAP-Aktivisten an-



Lars Burmeister

gegriffen. Während einer von ihnen nach einigen Schlägen und Tritten entkommen konnte, wurde einem anderen, nachdem er mit Alkohol übergossen wurde, die Flasche auf dem Kopf zerschlagen - er mußte für einige Zeit ins Krankenhaus. Als schließlich die Polizei eintraf, waren die Angreifer schon weg. Nur noch Lars Burmeister, **Jens Bernau**, **Eckhard Breuninger** und **Christian Lootze** konnten auf einem Hinterhof festgenommen werden. Nach einigen Prozessen muß sich Lars Burmeister, welcher aufgrund seiner Uniform erkannt wurde, verantworten. Kein Wunder, daß sein Rechtsanwalt beim Prozeß versucht, das Tragen einer Uniform in Frage zu stellen. Burmeister sitzt eher passiv und still mit seinem Wollpulli im Gericht und versucht, gelassen zu wirken. Die Arbeit überläßt er hauptsächlich seinen Rechtsanwalt **Aribert Streubel**. Sein Äußeres hat Burmeister verändert: Frisch rasiert und ohne seinen Oberlippenbart sitzt er auf der Anklagebank, die mittellangen Haare nach hinten gekämmt, wohl in der Hoffnung, daß ihn sein Opfer nicht mehr eindeutig identifizieren kann. Als Zeuge ist sein Mittäter Jens Bernau geladen. Der 24jährige Elektromonteur ist bereits in dieser Sache am 12. November '93 zu zwei Tagen Arrest und 800 DM Strafe verurteilt worden. Doch im Gegensatz zu damals muß er jetzt als Zeuge aussagen und tut darum dumm. Weder weiß er angeblich, auf wessen Fete er vor dem Angriff war, noch wer anwesend war, noch wo die Feier war und warum sie gefeiert wurde, geschweige denn, wieviele Nazi-Aktivisten noch mitfeierten. Bloß daß man nach der Fete in die Kneipe „Stop 7" in der Winsstraße wollte, daran konnte er sich noch erinnern. Aber warum es dort zu einer Schlägerei kam, hat er schon wieder vergessen. Schließlich wird es dem Gericht zu bunt und es droht mit Zwangsgeld und Beugehaft, doch auch das ändert nichts an seiner offensichtlichen Aussageverweigerung. Der Anwalt versucht Bernaus Verhalten durch die im Publikum sitzenden AntifaschistInnen zu entschuldigen. Auch bei der Vernehmung des zweiten Zeugen Christian Lootze, ein 24jähriger Maler, kommt nichts neues ans Tageslicht. In seiner damaligen Wohnung, Pappellallee 64, fand die „Geburtstags-Feier", zufälligerweise am Wahltag, statt. Lootze gibt sich unschuldig: Herrn Burmeister kennt er nur vom gemeinsamen Sport, Kneipengängen und Fahrten. Und der dritte Zeuge, Eckhard Breuninger, erschien erst gar nicht. So wird schießlich und endlich Burmeister nach seiner Festnahme in Norwegen aus der U-Haft entlassen und muß sich jetzt zweimal die Woche im Polizeirevier Immanuelkirchstraße melden. Der Prozeß wird fortgesetzt. ◆

Immer Ärger in der »Köpi«

WGA, Interim 29.2.96 - Am 23. Februar '96 fand ein Konzert einer polnischen Band in der Köpi statt. Im Vorfeld dieses Konzertes wurden einige Punx von den East-Side-Wagenburgen von Mitgliedern der polnischen Band als Nazi-Punx identifiziert. Diese Punx flogen z.B. schon in Polen aus Häusern und Wagenburgen weil sie u.a. durch ihr asoziales Verhalten ein Zusammenleben verhinderten. Und auch in Berlin wurden schon u.a. Antifa-Konzerte, durch blödsinnige Schlägereien verdorben. Auch diesmal wurde der Band mit Gewalt gedroht und es gab bei der folgenden Auseinandersetzung Verletzte durch Schläge mit Flaschen, Tritte usw. Letztendlich konnten die betreffenden Punx, nachdem sie noch die Köpi-Crew attakierten, rausgeworfen werden. In einem Papier einiger Anwesenden heißt es: „Wir wollen uns unsere Freiräume nicht zerstören lassen, egal von wem." ◆

Die »Nationalen« verreisen

NIT Bln 23.1.96 - Über das Berliner Nationale Infotelefon (NIT) ließen die ***Nationalen e.V.*** verbreiten, daß sie vom 2.-9. Juli '96 ein Zeltlager im Sudetenland veranstalten wollen. Wer sich für dieses Zeltlager interessiert, kann beim unter der Rufnummer 431 65 74 näheres erfahren. ◆

Aufruf zum 8. Mai '96

Anläßlich des 8. Mai initiieren folgende Gruppen eine Kundgebung am 8. Mai '96 um 18.00 Uhr am Ehrenmal für die Gefallenen der Sowjetarmee im Treptower Park: Antifa Treptow, Bund der Antifaschisten, Berliner Vereinigung VdN e.V., Gruppen der Friedenskoordination Berlin, Landesrat des Kommitees für Gerechtigkeit. Für die Kundgebung unter dem Motto: "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!" ist eine Rede von Stefan Doernberg und Musik vom Hans-Beimler-Chor geplant. Gefordert wird: „Nie wieder darf von Deutschland Krieg ausgehen, nie wieder dürfen Deutsche Krieg führen". ◆

Deutsches Rechtsbüro

EV #99 - Das rechtsradikale ***Deutsche Rechtsbüro*** meldet sich nun auch aus Berlin. Angeboten werden verschiedene Merklisten z.B. zu strafbaren Äußerungen, zum Thema Hausdurchsuchungen, mit Hinweisen für Strafgefangene und eine Liste „empfehlenswerter" Rechtsanwälte. Für läppische 10 DM kann der straffällig gewordene Neonazi über das Postfach 330 441 bei **Richard Miosga** Beratung holen. Das Deutsche Rechtsbüro wird u.a. von **Jürgen Rieger** organisiert. ◆

Gedenktafel

Taz 5.3.96 - Eine Gedenktafel erinnert seit dem 4. März '96 an **Helene von Schell** die unter Lebensgefahr eine vierköpfige jüdische Familie vor den Nazis versteckte. Die Tafel wurde an ihrem 40. Todestag an ihrem früheren Wohnhaus im Tiergarten eingeweiht. ◆

Flüchtlinge kriegen nix

JW 21.2.96 - Berlin wird bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen keine individuellen Rückkehrhilfen gewähren, darüber besteht im Senat Einigkeit, sagte am 20. Februar '96 der neue Innensenator **Jörg Schönbohm** (CDU), nach der Sitzung der Landesregierung. Die Flüchtlinge müssen etappenweise nach dem 1. Juli die BRD verlassen, wie von der Innenministerkonferenz beschlossen. ◆

Prozeß gegen Polizisten

BK 20.3.96 - Am 20. März '96 mußte **Angelina B.** vor Gericht bei einem Berufungsverfahren gegen die Polizisten, die ihren Mann, welcher aus dem Sudan kommt, mißhandelten. Am 10. Juli '93 rempelte **Mongi B.** versehentlich am Bahnhof Zoo eine Polizistin an. Er sollte deshalb seinen Paß zeigen und seine Personalien wurden aufgenommen. Danach wollte er gehen, doch es kam anders. Angelina: „Als mein Mann gehen wollte, haben ihn die Polizisten geschlagen, bis er ohnmächtig wurde... Mich hat die Polizistin gewürgt, mir gezielt zwei Finger in den Hals gebohrt". Das Ehepaar zeigte die Beamten an, was dem Sudanesen ein Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt einbrachte. Vor Gericht glaubte man den Polizisten mehr als dem Ehepaar, und es wurde zu 7.400 Mark Geldstrafe verurteilt. Doch dann tauchte ein neuer Zeuge auf: Ein ehemaliger Polizist, der wegen dieser Vorgänge seinen Dienst quittierte, gab zu Protokoll: Mongi B. habe sich auf dem Bahnhof durchaus nicht gewehrt. Die Beamten hätten sich damals verabredet, Angelina B. die Körperverletzung anzuhängen. Ein Freispruch würde für die Polizisten ein Verfahren wegen Falschaussage bedeuten. ◆

Lummer will Berliner CKDF

bnr 4/96 - Der CDU-Rechtsaußen **Heinrich Lummer** hat zur Gründung eines Berliner Landesforums des ***Christlich Konservativen Deutschland Forum (CKDF)*** aufgerufen. Anfang März '96 war dazu unter Teilnahme von CKDF-Bundesgeschäftsführer **Franz Bötzkes** ein erstes Vorbereitungstreffen in Wilmersdorf geplant. Das 1992 gegründete Forum soll nach eigenen zweifelhaften Angaben über rund 1.500 Mitglieder und bisher sieben Landesverbände verfügen. ◆

Priem ohne Freunde

bnr 4/96 - **Arnulf Winfried Priem**, früherer Vorzeige-Nazikader aus Berlin, gilt neuerdings in seinen eigenen Reihen als Verräter. In der ***Thule-Mailbox*** ist nun auch noch ein Text gepostet worden (Absender: „Schlächter"), in dem vor Priem gewarnt wird. Priem wird vorgeworfen, zugunsten seiner Person mit der Berliner Staatsanwaltschaft zusammengearbeitet und dabei seine Kameraden hängengelassen zu haben. Die Thule-Mailbox urteilt über die Bedeutung des Schmuddelrockers Priem: Der Verlust sei *„Kein Weltuntergang, sondern eher ein Selbstreinigunsprozeß!"* ◆

Deutsches Colleg in guter Gesellschaft

bnr 4/96 - In der ersten Ausgabe der Nazizeitung ***Widerstand*** vom ehem. NF-Kader **Theodor Mehr** wurde ein Interview mit einem Herrn **Sterber**, Schulungsleiter des ***Deutschen Colleg*** in Berlin veröffentlicht. Das Deutsche Colleg, vormals ***Berliner Gespräch***, um **Helge Drescher** ging aus einem Lesekreis der ***Jungen Freiheit (JF)*** hervor und versucht, gleich dem Ansatz des Hetzblättchens Widerstand, die Vernetzung der Völkischen voranzutreiben. ◆

Brandenburg

Stadt Brandenburg/Havel:

Punk von Neonazi ermordet!

WGA, JW 7.3., BeZe 18.3.96 - In der Stadt Brandenburg ist ein linker Punk von einem Neonazi ermordet worden. **Sven Beuter**, der durch sein Outfit als Linker identifiziert werden konnte und vor drei Jahren schon einmal Opfer eines gewalttätigen Neonazi-Angriffs gewesen ist, war am 15. Februar '96 spätabends in der Brandenburger Innenstadt auf dem Heimweg dem bekannten Nazischläger **Sascha Lücke** über den Weg gelaufen. Aus bisher unbekannten Gründen kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden, bei der Beuter schwere Verletzungen erlitt, darunter gezielte Tritte gegen den Kopf. Schwerverletzt wurde er auf der Straße gefunden und ins Krankenhaus eingeliefert. Noch in derselben Nacht wurde Sascha Lücke wegen „Verdachts der schweren Körperverletzung" festgenommen, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Erst nachdem Sven Beuter am 20. Februar im Krankenhaus gestorben war, wurde Lücke erneut festgenommen. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Der Tatvorwurf lautet nun auf „schwere Körperverletzung mit Toderfolge" - offensichtlich soll wieder einmal einem hoffnungsvollen Jungdeutschen die Zukunft nicht durch eine Totschlags- oder Mordanklage verbaut werden. Nach wie vor ungeklärt ist auch, ob Sascha Lücke allein oder mit mehreren Gesinnungsgenossen auf Sven Beuter eingeschlagen hat. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Potsdam will dazu keine Auskünfte erteilen, man wolle die Ermittlungen nicht gefährden. Der Mord an Sven Beuter stellt den vorläufigen Höhepunkt einer neuen Welle von Neonazi-Aktivitäten in der Stadt Brandenburg dar. In den letzten Monaten waren in der Stadt und den umliegenden Dörfern vermehrt Übergriffe und Nazipropaganda registriert worden. Dem landesweiten Trend folgend hat sich auch dort eine zweite Nachwuchs-Generation von Neonazis etabliert, zu der auch Sascha Lücke gehört. Am 15. März '96 sollte dann auf dem Neustadtmarkt eine Gedenkkundgebung von AntifaschistInnen stattfinden. Da diese jedoch nicht angemeldet war, prügelte die Polizei die etwa 100 Menschen auseinander und nahm zwölf von ihnen fest. ◆

Demo gegen Nazi-Archiv

JW 4.3.96, WGA - Etwa 400 AntifaschistInnen aus Berlin und Brandenburg demonstrierten am 2. März '96 in Frankfurt/Oder gegen das ***Nationale Pressearchiv (NPA)*** in der Konrad-Wachsmann-Str. 37. Im Vorfeld der Demo wurden drei Antifas festgenommen. Nachdem eine von NPA-Anhängern kurzfristig angemeldete Gegendemo verboten worden war, wurden nur vereinzelt Neonazis am Rande des Zuges entdeckt. In einer Presseerklärung der „Initiative gegen das Nationale Pressearchiv" wurde das NPA als „Terrorzentrale der verbotenen NF" bezeichnet. **Danny Sowade**, ehemaliges Mitglied der verbotenen ***Nationalistischen Front***, sammele dort Informationen über Nazigegner, darunter auch Politiker und Journalisten. ◆

Behinderte angegriffen

JW 15.3.96 - Beim Verlassen einer Schwimmhalle in Potsdam ist eine Gruppe geistig Behinderter am 12. März '96 von vier bisher unbekannten Jugendlichen angegriffen worden. Wie die Polizei mitteilte, beschimpften die Täter die acht Behinderten im Alter zwischen 20 und 30 Jahren als „Judenschweine". Einer von ihnen schlug eine 20jährigen mit der Faust ins Gesicht. Der geschlagene Behinderte wurde dann von allen vier Tätern nochmal tätlich angegriffen. ◆

Frank Hübner in Haft

BeZe 4.3., JW 4./5.3.96 - Der Ex-Vorsitzende der verbotenen ***Deutschen Alternative***, **Frank Hübner** ist am 24. Februar '96 verhaftet worden. Hübner wird verdächtigt von seinem Gesinnungsgenossen **Heinz P.** zum Mord angestiftet worden zu sein und eine weitere Person, ebenfalls aus der rechten Szene, mit dem Mord beauftragt zu haben. Die Staatsanwaltschaft Cottbus und das Landeskriminalamt Brandenburg teilten mit, daß P. Hübner damit betraut habe, eine junge Frau aus Genthin umzubringen, mit der P. zwei Kinder hat. Anschließend wollte P. das Sorgerecht für die Kinder übernehmen. Das potentielle Mordopfer hatte sich von Heinz P. wegen dessen rechter Gesinnung getrennt. Hübner beauftragte einen weiteren „Kameraden" aus Cottbus mit dem geplanten Mord und vereinbarte einen Lohn von 15.000 Mark. Hübner hatte seinem „Kameraden" bereits 6.000 Mark, Adresse und Lichtbilder des Opfers übergeben, außerdem wurde eine Zeitspanne ausgemacht, in der der Mord zu begehen sei. Als der „Kamerad" von dem rein privaten Charakter der Tat erfuhr, ging er zur Polizei. P. und Hübner sitzen derzeit in Cottbus in Haft. ◆

Brauner Jugendfreund

MAZ 9.12.95, HdK 1/96 - In Lindow/Vielitz lebt der 80jährige Rentner **Wilhelm Lange.** Er ist in Lindow und Flecken Zechlin als „Opa Lange" bekannt. Hier tritt er als edler Spender auf, so spendierte Lange 1.000 Mark an Jugendliche für einen Jugendtreff. Auch einen Raum stellte Lange etwa 20 Jugendlichen in seiner Wohnung zu Verfügung, hier besuchen ihn die Jugendlichen regelmäßig. Doch so harmlos ist der „nette Opa" nicht. Seine rechte Vergangenheit ist auch in Vielitz bekannt. Vor Jahren hat Lange im westfälischen Schelm für die ***Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*** kandidiert. Lange hat sein rechtes Gedankengut aber auf keinen Fall abgelegt. In Lindow und Vielitz verteilte er 800 Flugblätter, in denen er Stimmung gegen hier lebede Ausländer macht. Der Journalist **Ulrich Polzien** hat Langes Treiben über 20 Jahre verfolgt. Polzien weiß, daß Lange in der NPD Jugendarbeit betrieben hat und mehrere junge Leute um sich scharte. Auch für das Projekt ***Initiative Jugenarbeitslosigkeit Neuruppin (IJN)***, in dem Lange Mitglied war, hatte er schon mal einen Hunderter übrig. Die IJN setzte Herrn Lange vor die Tür, als sie Erfahrungen mit seiner politischen Gesinnung gemacht hatten. Der Projektleiter der IJN, **Tobias Burger**, mußte eingestehen, daß auf dem Beifahrersitz in Langes Auto öfter verbotene nazistische Zeitungen lagen. Auch Lange selber macht aus seiner Gesinnung keinen Hehl. So beklagt er, daß alle auf den Greueltaten der Deutschen im zweiten Weltkrieg herumhacken und niemand danach fragt, was mit den Deutschen passiert ist. Lange selbst sagt: *„Ich habe die Jugendlichen darauf hingewiesen, daß sie dem großen Ganzen zu dienen haben."* Auf die Frage, was das „Ganze" sei, antwortete Lange: *„Das eigene Volk, das Vaterland."* Die Polizei in Westfalen, die sich mit politischen Delikten beschäftigt, reagiert auf den Namen Wilhelm Lange nur mit *„den kennen wir"*... ◆

Nazi-CDs beschlagnahmt

BeZe 19.3.96 - Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat am 16. März '96 bei Wohnungsdurchsuchungen in Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und NRW insgesamt 2.200 rassenhetzerische CDs der rechtsextremen Berliner Skinheadband ***Landser*** beschlagnahmt. Neben zwei Frauen wurde auch der Chef der Gruppe vorläufig festgenommen. Der Haftrichter beim Amtsgericht Oranienburg erließ Haftbefehl wegen Volksverhetzung. ◆

Staatsanwalt erlaubt Nazi-Plakate

AIM - Im Juni '95 fielen einem Brandenburger Plakate der faschistischen Organisation ***P.O.H.L.*** auf. Auf einem der Plakaten wird die Todesstrafe für „Drogenhändler, Kinderschänder und Volksverräter" gefordert und auf einem weiteren Plakat erscheint die Parole „Ausländer Raus". Der Brandenburger und eine Abgeordnete der PDS erstatteten Anzeige wegen Volksverhetzung. Außerdem baten sie die Postgewerkschaft, sich für die Auflösung des auf den Plakaten angegebenen Postfaches einzusetzen. Aber bisher ohne Erfolg, trotz positver Resonanz von seiten der Gewerkschaft. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte das Verfahren formal wegen Verjährung ein. Darauf folgten aber weitere Begründungen des Staatsanwaltes **Eggebrecht.** Dieser ist der Meinung, daß die Forderungen zwar nicht der humanistischen Einstellung entsprechen, aber lediglich ein anderes Verständnis von Verbrechensbekämpfung darstellen. Daraus folgt, daß es nicht strafbar ist, die faschistische Propaganda weiterhin in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Eggebrecht sehe sich nicht veranlaßt, weitere Ermittlungen durchzuführen, da nach ihm auch in der Art der Darstellung weder ein Aufstacheln zum Haß noch die Aufforderung zur Gewalt liegt. ◆

Anschlag in Eisenhüttenstadt

WGA - Während eines Konzertes im ***Cafe Olé*** in Eisenhüttenstadt kam es am 24. Februar '96 zu einem Überfall durch Neonazis. Zuerst wurden Steine in das Cafe geworfen, danach folgen auch Brandflaschen. Nach Angaben einer Nachbarin rief diese bei der Feuerwehr an und erfuhr dort, daß sie schon durch die Polizei informiert sei,

aber nicht kommen bräuchten. Erst als ein Schuppen neben dem Cafe durch einen Mollie entzündet wurde und die Frau nochmal anrief, rückte die Feuerwehr an. In der Zwischenzeit griffen die Flammen auf das Cafe über. Drei Menschen, die sich im Cafe aufgehalten hatten, wurden verletzt. ◆

Hakenkreuze in Luckau

Tsp 4.3.96 - Einige Nazis haben in der Nacht zum 3. März '96 in Luckau Hakenkreuze und andere Nazisymbole an Wände, Türen und Container gesprüht. Die Täter entkamen unerkannt. ◆

Neonazi verurteilt

Taz 2.2.96 - Wegen Teilnahme an rassistischen Ausschreitungen vor einem Flüchtlingsheim in Cottbus-Sachsendorf wurde ein 33jähriger Mann zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt. Er hatte im August '92 als Mitglied der später verbotenen rechtsextremen ***Deutschen Alternative*** Molotow-Cocktails an Jugendliche aus der Naziszene ausgegeben und sie zu Übergriffen aufgefordert. ◆

Mordaufklärung verhindert

JW 26.1.96 - Das Potsdamer Justizministerium hat bestätigt, daß es bei den Ermittlungen zum Tod eines rumänischen Häftlings im Cottbuser Gefängnis 1994 zu „Pannen" gekommen ist. Trotz der Hinweise auf einen Mord seien Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft von einer Selbsttötung ausgegangen. Erst ein späteres Gutachten von Gerichtsmedizinern sowie weitere Untersuchungen hätten die Suizidtheorie ins Wanken gebracht. ◆

Nationale an Unis

bnr 4/96 - Die ***Nationalen*** haben nach eigenen Verlautbarungen an den Universitäten Potsdam, Frankfurt/Oder sowie der Humboldt-Uni Berlin Hochschulgruppen ins Leben gerufen, denen rund 30 Mitglieder angehören sollen. Die Frankfurter ***Hochschulgruppe der Nationalen (HdN)*** hat sich jüngst für die Schließung der Europa-Universität „Viadrina" in der Oderstadt ausgesprochen. Dorn im Auge der Rechtsextremisten sind die dort studierenden polnischen Studenten, deren Stipendien aus Mitteln des Landes finanziert werden. ◆

Bremen

Republikaner als Polizist

bnr 4/96 - ***Republikaner***-Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied, **Ralf Riedemann**, darf weiterhin Polizeihauptmeister sein. Der Finanzsenator **Ulrich Nölle** (CDU) hat nach zweijährigen Vorermittlungen jetzt auf ein Disziplinarverfahren verzichtet, da die Behörden zur Zeit keine Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der Partei haben. Der Chef des Bremer Verfassungsschutzes, Walter Wilhelm, sieht das allerdings anders. Seiner Meinung nach gibt es genügend Anhaltspunkte für die Verfassungsfeindlichkeit bei den REPs. ◆

Naziskin-Fanzine

EV #98 - Die Nummer 12 des rechtsradikalen Fanzines ***Der Skinhead*** ist erschienen. Dies ist das Heft der ***Hammerskins Bremen*** und wird von der Band ***Endstufe*** herausgegeben. Inhalt sind Interviews mit einigen Nazi-Bands und ein Artikel über die Schlacht von Stalingrad. Versandadresse ist: ***Hanse Records***, Postfach 330363, 28333 Bremen. ◆

Hamburg

Schlamperei bei Ermittlungen

Tsp 20.2.96 - Mitte Februar machte die Staatsanwaltschaft Hamburg Schlagzeilen mit dem Hinweis, bei ihren Ermittlungen im Polizeiskandal der Hansestadt werde gelogen, wie es sonst nur bei Schwerverbrechern vorkomme. Doch daß auch die Staatsanwaltschaft nicht besser ist, wies nun das „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Hamburg" nach: Demnach gehen die Ermittlungsbehörden den Hinweisen, wer bei **Joel Boateng** aus Ghana die Scheinhinrichtung vollzogen hat, nur äußerst zögerlich nach und versuchen stattdessen, das Opfer durch eine schnelle Abschiebung bald loszuwerden. Statt gegen die möglichen Täter zu ermitteln, bemühen sich Staatsanwälte und Polizei vor allem darum, Belastungsmaterial gegen Boateng zu sammeln, um ihn in der Öffentlichkeit unglaubwürdig zu machen. Ein Zeuge, der 1991 mit Boateng in Untersuchungshaft gesessen hatte, berichtete jetzt, er sei bei einer Vernehmung von Polizisten massiv unter Druck gesetzt worden, gegen Boateng auszusagen. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft hat diesen Bericht inzwischen als „abwegig" zurückgewiesen. Das Komitee, das die Angaben Boatengs selbst nachprüft, hält diese jedoch für zutreffend. Man habe bereits den Ort und den Zeitpunkt ermittelt, was der Polizei ebenfalls leicht möglich gewesen wäre. Demnächst werde man wahrscheinlich auch die beteiligten Beamten nennen können. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist man dort noch damit beschäftigt, „den Zeitraum der Scheinhinrichtung einzugrenzen". ◆

Freispruch für Antifaschisten

JW 21.2.96 - Am 20. Februar '96 wurde der Antifaschist **Lars** vom Amtsgericht Hamburg vom Vorwurf des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte freigesprochen. Er ist einer von vier Antifas, die von der Polizei traktiert wurden, weil sie auf einer Kundgebung zum 50. Jahrestag der Besetzung Hamburgs durch die Briten ein Schild mit der Aufschrift „deutsche Täter sind keine Opfer" getragen hatten. Die Polizei habe rechtswidrig eingegriffen, da die Parole als Meinungsäußerung vom Grundgesetz geschützt sei, sagte der Richter, und wer sich gegen rechtswidriges Handeln wehrt, macht sich auch nicht strafbar. ◆

Rechte Studenten

ND 9.2.96 - Die Hamburger Burschenschaft ***Germania*** schloß sich der ***Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG)*** an. Anhänger der BG sind zum Beispiel der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Hamburger ***Republikaner***, **Heiko Pätzmann** und dessen einstiger Parteigenosse **Rolf Leppert**, der im selben Haus der Burschenschaft wohnte, wie der ehemalige Vorsitzende der inzwischen verbotenen ***FAP***, **André Goertz**. Auf einer Liste der Germania für geladene Referenten befinden sich unter anderem **Stefan Ulbrich**, ehemals bei der Wiking-Jugend und ehemaliger Mitarbeiter der Jungen Freiheit, **Manfred Rouhs**, Herausgeber von „Europa Vorn" und Mitglied der „Deutschen Liga" und **Robert Steuckers**, der Beziehungen zum faschistischen „Vlaams Block" in Belgien hat. ◆

NS-Akten vernichtet

JW 29.2./4.3., Taz 29.2.96 - Im Auftrag des Hamburger Staatsarchivs seien seit 1986 große Teile der Akten der Staatsanwaltschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus vernichtet worden. Der Hamburger Historiker Norbert Finzsch verurteilte diese Selektion nach „archivwürdig" und „nicht archivwürdig", aufgrund von mangelnden Kriterienkatalogen. ◆

Hessen

REPs in Wiesbaden

EV #97 - Das Infoblatt ***Wiesbaden-Report*** der ***Republikaner*** im Rat der Stadt Wiesbaden kann über folgende Adresse kostenfrei bestellt werden: Fraktion „Die Republikaner", Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611-3131616. ◆

Antifas auf Nazi-Geburtstagsparty

Interim 369 - In der Nacht vom 17. zum 18. Februar '96 griffen einige autonome AntifaschistInnen die Geburtstagsparty des ***NF***-Faschos **Heiko Blumenschein** aus Hensheim an. Die Feier fand im Trio-Pub in Heppenheim-Kirchhausen mit 30-40 Naziskin-Gästen aus Darmstadt, Heppenheim, Heidelberg, Mainz und

Aschaffenburg statt. Bei dem Angriff gingen die Scheiben von vier Fascho-PKWs und der Kneipe zu Bruch. Einige Faschos mußten die Nacht im Krankenhaus verbringen. ◆

Niedersachsen

Polizei bedrohte Afrikaner

JW 29.2.96 - In Göttingen wurden der Ghanaer **Osei Kwabena** und dessen Bruder **Osei Schwarz** in dessen PKW in der Nacht zum 25. Februar '96, von zwei Polizisten mit gezogenen Waffen angehalten. Sie forderten die Fahrzeugpapiere. Kwabena bat die Beamten, die Waffen herunterzunehmen oder wenigstens auf den Boden zu richten anstatt auf ihn, da er Angst hatte, bei der kleinsten Bewegung erschossen zu werden. Als Antwort der Polizisten folgen Schreie und Beschimpfungen. Ein Polizist: „Ich möchte wissen warum Neger solche Autos fahren" (einen Alfa Romeo!). Da Führerschein und Fahrzeugpapiere in Ordnung sind wollen sie die Pässe sehen. Als eine zweite Streife vorbeikommt brechen die Beamten die Überprüfung ab, folgten den Schwarzen aber noch mehrere Kilometer. Osei Kwabena will jetzt eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen. ◆

Schändung gestanden

BK 20.3.96 - Vier Jugendiche (15-18 Jahre) haben gestanden, Anfang Januar '96 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof Wunstorf umgeworfen zu haben. Und obwohl die Täter auch Hakenkreuze darauf schmierten, behauptet die Polizei, sie seien keine Rechtsextremisten. ◆

Familie von Polizei terrorisiert

JW 15.3.96 - Wie der niedersächsische ***Flüchtlingsrat*** berichtet, ist eine Ende November '95 mit drei kleinen Kindern in die Türkei abgeschobene Kurdin dort massiv bedroht und geschlagen worden. Der Familienvater war der Abschiebung mit einem Sprung aus dem Fenster entkommen. Die Mutter, **Medine Cur**, wurde wieder und wieder verhört. Als sie auf die Frage nach ihrem Mann antwortete, er sei in Deutschland, wurde sie geschlagen und beschimpft. Die Abschiebung selber war auch äußerst brutal verlaufen. Um sechs Uhr morgens drangen Polizisten in die Wohnung ein. Die Familie hatte fünf Minuten zum Packen, wurde beschimpft und ein Anruf beim Anwalt wurde damit verhindert, daß die Beamten das Telefon beschlagnahmten und den Stecker herauszogen. ◆

Aufruf

zur dezentralen Kampagne gegen die 6. Hetendorfer Tagungswochen.

Die 6. Hetendorfer Tagungswoche wird voraussichtlich vom 15. bis 23. Juni 1996 auf dem Gelände Hetendorf 13 (Lüneburger Heide) stattfinden. Um sie zu verhindern, rufen wir - das Bündnis gegen Rechts - zu dezentralen Aktionen in allen Städten und Regionen im Vorfeld auf. Ziel ist es, soviel Druck gegen die ReferentInnen, TeilnerherInnen und einladenen Organisationen aufzubauen, daß die Hetendorfer Tagungswoche abgesagt wird.

Wenn Ihr mehr Informationen haben wollt, wendet Euch bitte an das:

Bündnis gegen Rechts
c/o Initiative gegen Hetendorf 13, Kornstr. 28-30, 30167 Hannover
Fax: 0511-1616711
Konto: Info-Treff, "1995", Nr. 384 862 - 302, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30

Altnazi verhaftet

BeZe 2.3.96 - Ein 90jähriger Altnazi ist wegen Beihilfe zum Mord an 10 Kommunisten aus Braunschweig vor 53 Jahren verhaftet worden. Er war damals Angehöriger des Wachpersonals der Nazis und war dabei, als aus einer Gruppe von 70 inhaftierten Kommunisten willkürlich zehn herausgegriffen und erschossen wurden. Schon 1950 waren vier der Täter zu 25 Jahren Knast verurteilt worden, der jetzt Verhaftete war aber nach einigen Verhören geflüchtet. Derzeit wird seine Haft- und Prozeßfähigkeit geprüft. ◆

Strafvollzug im Heimatland?

JF 3/96 - Nach Meinung des ***CDU***-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, **Christian Wulff**, sollen „schwerkriminelle" Ausländer zukünftig ihre Strafe in ihren Herkunftsländern verbüßen. Das würde die Abschiebung und damit für viele den Tod bedeuten. ◆

Antifa M im Internet

JW 14.3.96 - Die autonome ***Antifa M*** präsentiert sich jetzt mit einer eigenen Homepage im „World Wide Web" des Internets. Zudem ist die Göttinger Gruppe auch per E-Mail zu erreichen. Der Stellenwert des weitgehend zensurfreien Netzes steige durch die „massive staatliche Verhinderung antifaschistischer Arbeit zwangsläufig gegenüber den traditionellen Formen der politischen Vermittlung", schreiben die Antifas in einer Presseerklärung. Zwar zeige die aktuelle Diskussion um staatliche Zensurmöglichkeiten im Internet, daß auch dieses Medium verstärkt kontrolliert werden soll, gegenüber den bisher praktizierten Holzhammermethoden habe sich das Netz aber aufgrund seiner technischen Struktur „als auf lange Zeit nicht einnehmbare Bastion" erwiesen. Der Internet-Provider der Antifa M befindet sich in Holland und unterliegt damit nicht dem Zugriff deutscher Behörden. **E-mail:** aam@paxo.nadir.org / **WWW:** http://www.nadir.org/Gruppen/aam/ ◆

REPs und Kinderschutzbund

DESG 2/96 - Der Landesverband der ***Republikaner*** ist offiziell hocherfreut, daß der Privatsender ***ffn*** die durch die Partei eingenommenen Werbegelder vom Wahlkampf '94 dem ***Kinderschutzbund*** spendet. ◆

Nordrhein-Westfalen

Friedhof geschändet

KSA 29.1.96 - Auf den jüdischen Friedhof in Köln-Deutz haben bislang unbekannte Täter 30 Grabsteine umgekippt. Wie die Polizei mitteilte, sind die Grabschändungen zwischen dem 19. und 22. Januar '96 begangen worden. ◆

NPD-Propagandaaktion

Antifa Niederkassel - Am 21. Februar '96 verteilten Neonazis in Niederkassel-Ranzel Propagandamaterial der rechtsextremen ***NPD***. Darin wird u.a. die Abschiebung von Ausländern, die erneute Änderung des Asylrechts und der Vorbehalt des Wahlrechts für Deutsche gefordert. Zudem wird die Parole „Deutsche wehrt Euch" verbreitet. Der NPD-Kreisverband Rhein-Sieg befindet sich zur Zeit im Aufbau. Einer der aktivsten Kreisverbände der NPD existiert in Bonn. Dieser wird von **Hans-Peter Krieger**, einem führenden ehemaligen Mitglied der mittlerweile verbotenen ***FAP*** geleitet. Krieger, der seit Ende November '95 in Bonn-Duisdorf wohnt, war von 1985 bis '90 Kreisvorsitzender der FAP Bonn. ◆

Buttersäure auf Kiosk

Antifa Niederkassel - In der Nacht des 26. Februar '96 warfen unbekannte Täter die Schaufensterscheibe der „Trinkhalle Schmitz" in der Hauptstr. 86 in Niederkassel ein. Durch die zerstörte Scheibe schleuderten sie einen Glasbehälter mit Buttersäure, der jedoch nicht zerbrach. Der Inhaber des Kioskes, **Herbert Antoni**, ist nach

Angaben örtlicher Antifas sowohl Orts-, Kreis- als auch stellvertretender Bezirksvorsitzender der ***Republikaner***. Von 1989 bis '94 saß er mit einem weiteren Aktivisten der REPs im örtlichen Stadtrat. In der „Trinkhalle" werden faschistische Zeitungen wie ***Der Republikaner***, die ***National-Zeitung*** oder die ***Junge Freiheit*** verkauft. In derselben Nacht wurde auch die Parole „Antoni - aktiv für die Faschisten in Niederkassel" auf eine Wand neben dessen Haus in der Rathausstraße gesprüht. Die ***Antifa Niederkassel*** gab in einer Erklärung bekannt, daß sie zwar in keiner Verbindung zu dieser Aktion steht, jedoch diese aktive Vorgehensweise begrüßt. ◆

Erneut Razzia gegen Neonazis

JW 23.2.96 - Bei einer zweiten Razzia innerhalb eines Monats gegen Neonazis wurden am 21. Februar '96 neun Wohnungen im Großraum Höxter durchsucht. Dabei wurden Kampfanzüge, neofaschistisches Propagandamaterial und eine Maschinenpistole beschlagnahmt. Schon in der Woche davor hatte die Polizei über zwanzig Wohnungen und einen Verlag von Rechtsradikalen durchsucht (siehe WGA #14). ◆

Veranstaltung des BFB

Antifa Niederkassel - Der ***Bund freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB)*** veranstaltete am 20. Januar '96 auf dem Bonner Münsterplatz einen Infotisch. Mit Flugblättern und einer Unterschriftenliste versuchten sie ihre Initiative „Volksbegehren Rettet die D-Mark" publik zu machen. Einer der Organisatoren ist der Oberstleutnant a.D. **Claus Plantiko** aus Bonn. Plantiko kandidierte im Oktober '94 für die ***Unabhängige Wählergemeinschaft Bonn (UWG)***. ◆

Geldstrafe für Höfs

AN 4/96 - Der Krefelder **Hans-Ulrich Höfs**, Initiator des ***Krefelder Forums Freies Deutschland***, ist wegen Aufstachelung „zum Haß gegen Teile der Bevölkerung" zu 9.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Höfs hatte 1995 anläßlich einer Schlägerei unter Bewohnern eines Krefelder Mehrfamilienhauses ein Flugblatt erstellt und verteilt, in dem es u.a. heißt: *„Wer schützt uns vor unseren ausländischen 'Mitbürgern'? Die Polizei offensichtlich nicht. Darf sie nicht? Unsere (?) Politiker wollen die multikulturelle Gesellschaft! Die Presse schweigt! Deutsche als Opfer der Multikultur hat es nicht zu geben. Denn was nicht in der Zeitung steht und nicht im Fernsehen kommt, gibt es nicht. Das Gericht wird den Fall behandeln. Warten wir ab, ob man als Deutscher in Deutschland noch Recht erhält. Inzwischen wächst die Angst. Drohen uns amerikanische Verhältnisse? Am 19. August war es in der Kaiserstraße. Und morgen? Wehe (zu Recht), wenn Deutsche Ausländer angreifen. Aber wenn Ausländer Deutsche angreifen, verletzen, am Ende gar umbringen? - Die Presse schweigt!"* Höfs, Mitte der 80er Jahre Bundesvorsitzender des beim „Bund der Vertriebenen" angesiedelten ***Gesamtdeutschen Studentenverbands (GDS)*** und zuletzt noch Kontaktadresse für die GDS-Gruppe Krefeld-Niederrhein und deren „Gesprächskreis deutsche Politik" war 1989 nach 20jähriger Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten und Mitgründer sowie Kreisvorstandsmitglied der Krefelder ***Republikaner*** geworden. ◆

Zweifel im Prozeß gegen Yasar Ünver

JW 2.3.96, WGA - Im Prozeß gegen **Yasar Ünver**, der vorgeworfen wird, am 5. Juli '93 das Haus ihrer Familie in Hattingen angezündet zu haben, gibt es weiterhin erhebliche Zweifel. So stellte sich bei der Befragung der Polizei heraus, daß nur elf Stunden nach dem Ausbruch des Feuers bereits eine Vernehmung von Frau Ünver stattfand, bei der ihr unmißverständlich unterstellt wurde, den Brand selbst gelegt zu haben. Schon während der ersten Prozeßtage kamen Zweifel an der Arbeit der, für die Aufklärung des Brandes zuständigen, Sonderkommission auf. Diese hatte die Suche nach anderen Fremdtätern nicht gerade ernsthaft betrieben und Beschreibungen einer der drei, an diesem Abend gesichteten, Männer, von denen wenigstens einer der rechtsradikalen Szene zugehört, binnen wenigen Tagen zu den Akten gelegt. Darunter auch den Hinweis einer Kellnerin auf einen Mann, der Gast in einem Stammlokal der ***Republikaner*** ist: „Milchubigesicht". Die Behauptung des Kneipenwirtes und des REP-Kreisvorsitzenden, den Gesuchten nicht zu kennen, reichte aus, um keine weitere Ermittlungen anzustellen. Bei einer zweiten Zeugenaussagen, die unter anderm zur Vernehmung eines Mannes führte, der sich just am Morgen nach der Tat eine neue Frisur zugelegt hatte, wurde nicht einmal recherchiert, was für eine Frisur dieser zum Zeitpunkt der Tat gehabt hatte. ◆

Demonstrant in Solingen verurteilt

Taz 31.1.96 - Am 29. Januar '96 wurde in Solingen der Grieche **Josef P.** wegen Landfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 2.700 DM verurteilt, weil er während einer Demonstration gegen den rassistischen Brandanschlag in Solingen 1993 zu militanter Gegenwehr gegen Faschos aufgerufen hat. Kurz nach den Morden hatte der wütende und aufgebrachte Mann vor laufender ZDF-Kamera gefordert, „Gewalt mit Gewalt" zu begegnen. ◆

Rheinland-Pfalz

Angriff auf Aussiedler

JW 2.3.96 - In der Nacht des 29. Februar '96 sind bei einem Angriff rechtsextremer Jugendlicher auf Rußland-Aussiedler in Pirmasens zwei Menschen verletzt worden. Mindestens fünf Nazis schlugen Rolläden und Fensterscheiben von Wohnungen der AussiedlerInnen ein, beschädigten Eingangstüren und schossen mit Tränengas in Hausflure und Wohnungen. Dabei riefen sie Nazi-Parolen. Ein Polizeisprecher bezeichnete den Vorfall als offenen Ausbruch von schon länger schwelenden Spannungen zwischen Aussiedlern und der eingesessenen Bevölkerung in dem „sozial schwachen" Wohngebiet. ◆

Sachsen

JLO-Demo in Dresden

Opb 2.3.96 - Die ***Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)*** führte am 13. Februar '96 in Dresden eine Demo unter dem Motto „Tausend Schritte für Dresden" durch. Die JLO wollte damit den Opfern des *„alliierten Bombenterrors"* gedenken. Ausschlaggebend für sie war dabei, daß *„unter den Opfern dieses Völkermordes auch viele ostdeutsche Flüchtlinge waren"*. Die Demo wurde genehmigt und führte vom Wiener Platz die Prager Straße entlang, am Altmarkt vorbei zur Frauenkirche. An der Frauenkirche verteilte die JLO dann Flugis und legte einen Kranz nieder. Im ***Ostpreußenblatt*** beschwerte sich später **Rene Nehring** darüber, daß die ***Grünen*** bei der JLO gegen die Kundgebung protestiert hatten. ◆

Ultima-Thule-Konzert

EV #96-99, JW 27.2.96 - Am 24. Februar '96 fand in Radebeul im ***Brennhaus e.V.*** ein Konzert mit den Nazi-Bands ***Ultima-Thule*** (aus Schweden), ***Boots & Braces*** und ***Die Rabauken*** statt. Anfangs sollte das Konzert in der ***Grundschränke*** stattfinden, was dann aber vom Bauordnungsamt wegen technischer Bedenken untersagt wurde. Daraufhin kümmerten sich Radebeuls Bürgermeister **Kunze** (***FDP***) und das Dresdner Polizeipräsidium um den neuen Ort, wo schon „positive Erfahrungen" mit anderen Skin-Bands gemacht worden sind. Auch der Verfassungsschutz hatte nichts gegen das Konzert einzuwenden. Und so konnten rund 600 Leute unter Polizeischutz an dem Konzert teilnehmen. Karten gab's nur im Vorverkauf, Stückpreis 28 Mark. Diese Karten und Infos konnten Interessenten über **Otti**, Fernruf 0351/4013029 erhalten. Im Vorfeld des Konzertes hatte **Daniel Schreiner** (Tel.02661/5360) in der Nazi-Zeitung ***Europa Vorn*** Mitfahrgelegenheiten aus dem Raum Westerwald gesucht. ◆

Sachsen-Anhalt

Afrikaner verletzt

JW 12.3., BeZe 21.3.96 - Am 10. März '96 wurde in Magdeburg ein Mann aus Niger von vier Jugendlichen aus Niedersachsen beschimpft, geschlagen und mit einem Messer bedroht. Die 15-21jährigen Täter, die der rechten Szene zuzuordnen sind, wurden vorläufig festgenommen. Die Polizei leitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung ein. Am 18. März '96 kam es zu einem weiteren rassistischen Angriff gegen einen Afrikaner. Dabei wurde ein 23jähriger Mann aus dem Sudan von einem 20jährigen Rechtsextremisten mit einer Schreckschußpistole an den Kopf geschossen und erheblich verletzt. Gegen den deutschen Haupttäter wurde Haftbefehl erlassen, nach seinem Mittäter wird noch gefahndet. ◆

Rechter Überfall

ORB 3./4.2.96 - Eine Gruppe von vermutlich rechtsradikalen Jugendlichen hat in der Nacht zum 2. Februar '96 in Wittenberg einen Bus überfallen, in dem sich 25 Besucher einer Disko befanden. Sie zertrümmerten die Scheiben mit Baseballkeulen, wobei ein Jugendlicher verletzt wurde. Sieben Täter wurden festgenommen die später alle wieder auf freiem Fuß waren. ◆

Nazi-Konzert aufgelöst

JW 4./5.3.96 - Am 2. März '96 hat die Polizei in Barleben bei Magdeburg ein illegales Konzert von Naziskin-Bands aufgelöst. Zu diesem Konzert waren 1.245 Rechtsradikale aus ganz Deutschland angereist. Als die Polizei mit 700 Beamten anrückte, verbarrikadierten sich die Faschos in einer Lagerhalle, gaben aber kurz danach auf. Die Polizei nahm die Personalien auf und nahm 14 Personen fest, die aber noch in der selben Nacht auf freien Fuß gesetzt wurden. Zwei Jugendliche wurden bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt. Gegen die 14 Festgenommenen wurden einen Tag später Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Singen von Nazi-Liedern und Verwenden von NS-Symbolen eingeleitet. Auch **Torsten Heise** war mal wieder beim Konzert dabei! ◆

Anti-Antifa

Infoblatt #33 - Die ***Anti-Antifa*** in Naumburg ist weiterhin sehr aktiv. Seit die Neonazis **Ilias Casteas** und **Sascha Chaves-Ramos** von den ***Deutschen Nationalisten*** dorthin gezogen sind, gibt es keine Ruhe mehr. Es gibt eine sehr aktive Anti-Antifa-Infogruppe mit dem Postfach 141, die auch als ***Revolutionäre Nationalisten*** auftritt. Die Gruppe meldete bisher zwei Kundgebungen an, produzierte Flugblätter mit Adressen und Telefonnummern von ***Grünen***- und ***PDS***-Abgeordneten und bedroht BürgerInnen und SchülerInnen, die gegen sie gerichtete Leserbriefe an das Naumburger Tageblatt schreiben. ◆

Schleswig-Holstein

(Keine) Ermittlungen nach Lübeck

ART Hamburg 14.3.96 - Das ***Antirassistische Telefon Hamburg (ART)*** gab Mitte März Ergebnisse ihrer Ermittlungen zum Brand in Lübeck bekannt, bei dem am 18. Januar '96 zehn Menschen ums Leben kamen. Demnach stellt sich der Ablauf folgendermaßen dar: Um 3.42 Uhr ist das Feuer gemeldet worden. Eine Minute später, um 3.43 Uhr stellt - nach einem Polizeibericht - eine zufällige Streife des Bundesgrenzschutzes die Personalien von drei jungen Männern fest, die in unmittelbarer Nähe des Asylbewerberheims gerade ihr Fahrzeug besteigen wollen. Erst Stunden später werden sie als mutmaßliche Täter in Grevesmühlen festgenommen. Am Freitagabend, nach wenigen Stunden der Vernehmung und Ermittlungen, werden sie wieder entlassen. Das Alibi liefert ihnen die Polizei: Dieselben Männer sollen um 3.20 Uhr beim Verlassen der Esso-Tankstelle Ratzeburger Allee von einer Polizeistreife festgestellt worden sein. Die Polizei ist ihnen gefolgt und will sie erst 3.42 Uhr überholt haben, weil sie zum Einsatz in die Hafenstraße abgerufen wurde. Einen vierten Mann aus Grevesmühlen läßt die Polizei nach kurzzeitiger Festnahme mit einem gestohlenen Fahrzeug flüchten. Die Entfernung der Tankstelle wird von der Staatsanwaltschaft mit 15 Kilometern angegeben, tatsächlich befindet sie sich nur 5,1 km vom Tatort, also etwa drei Minuten. das Eintreffen der deutschen Männer in der Hafenstraße verschiebt die Polizei um 15 Minuten nach hinten, als die Opfer gerade aus den Fenstern sprangen. In einem Flugblatt der Burschenschaft ***Germania*** aus Hamburg schreibt diese, ihr Studentenwohnheim sei - quasi als Antwort auf den Brand - angegriffen worden. Dabei seien sie doch als freiwillige Hel-

fer der Feuerwehr als erste vor Ort des Brandes gewesen. Es war ein Sanitäter der Feuerwehr, der nun den Libanesen **Safoan Eid** beschuldigt, dieser hätte ihm die Brandstiftung gestanden. Es stellt sich nun die Frage, ob dieser Mann nicht einer der „freiwilligen Helfer" war und ein besonderes Interesse an der Vertuschung von Informationen hat. Laut ART-Bericht stellt sich auch der Ablauf des Dramas anders dar, als es bisher von der Polizei veröffentlicht wird. Demnach ist das Feuer nicht im 1. Stock, sondern im Erdgeschoß ausgebrochen. Diese Tatsache haben die unmittelbar betroffenen Flüchtlinge immer wieder betont. Als deutliche Anklage gegen die aggressiven Ermittlungen, die sie zu TäterInnen machen wollen, haben **Maria A.**, **Gustave S.**, **Ray S.**, **Narwa E.**, **Marwan E.** und **Adrian E.**, die im 1. OG des Hauses gewohnt haben, dies öffentlich bestätigt. Vom WDR ist in der Monitor-Sendung am 7. März '96 auch der brandtechnische Nachweis gebracht worden. Seit der Brandnacht provoziert und bedroht die Germania bekannte antifaschistische StudentInnen in der Hamburger Uni. Bei einer Veranstaltung mit Flüchtlingen aus dem Brandhaus am 16. Februar '96 wurden die Scheiben des Veranstaltungssaales beschossen. Auf dieser Veranstaltung haben die Flüchtlinge in Lübeck realistisch und erschütternd dargestellt, wie sie im 1. OG minutenlang im Dunkeln in beißendem erstickendem Rauch die Wände abgetastet haben, um einen Ausgang zu finden. Silvio S. floh über die Treppe nach unten ins Erdgeschoß und kam dort in den Flammen um. Auch die Darstellung des Beschuldigten Safoan Eid stimmt mit diesen Berichten überein. Das Erdgeschoß heißt in seiner Sprache, wie zum Teil auch in Deutschland, das 1. Stockwerk. Das Gutachten des Landeskriminalamtes unterschlägt den Kamin im Haus, für das LKA fängt dieser erst im 1. OG an und hat die Ausbreitung des angeblich dort gelegten Feuers beschleunigt. Den Kamineffekt des Treppenhauses vom Erdgeschoß an hat das LKA nicht untersucht. Das LKA-Gutachten unterschlägt eine Holzverbindung zwischen dem EG und dem ersten Stockwerk: Eine holzverkleidete Säule und einen hölzernen Stützbalken. Für das LKA entstand der Brandherd im Erdgeschoß durch abstürzende brennende Treppenstufen aus Stein! Weiterhin fehlen im LKA-Bericht das Knarren einer Außentür, die zerbrochene Scheibe der Eingangstür, offene/gekippte Fenster, die Explosion im Eingangsbereich, erstickende Dämpfe einer chemischen Substanz, die schon 1995 bei einem Anschlag eingesetzt wurde. Warum wird das alles unterschlagen? ◆

Anklage gegen Nazi

Nordtext 29.2.96 - Die Kieler Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen einen 20jährigen wegen Vertreibens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen erhoben. Der junge Kieler soll Mitglied der ***NSDAP/AO*** des US-Amerikaners Gary Lauck sein. ◆

Friedhof geschändet

BeZe 8.3.96 - In der Nacht zum 7. März '96 wurde der jüdischen Friedhof in Lübeck geschändet. Auf die Friedhofsmauer und die Kapelle wurden 14 schwarze Hakenkreuze gesprüht. ◆

Thüringen

Rechter Runder Tisch

EV 98 - Der rechte „Runde Tisch" in Thüringen hat in einer Resolution die Thüringer Landesregierung aufgefordert, „geeignete Maßnahmen gegen die Einbruchs- und Bandenkriminalität ausländischer Täter" zu ergreifen. Hinter diesem „Runden Tisch" steckt der ***Nationale Interessenkreis Thüringen*** (Postfach 0637, 98684 Ilmenau). ◆

Thüringer Heimatschutz

NE 3/96 - In der Nazi-Zeitung ***Nation & Europa*** sucht der ***Thüringer Heimatschutz (TH)*** (Postfach 3, 07419 Bad Blankenburg) Bücher für seine nationale Arbeit. Der Thüringer Heimatschutz fiel im September/Oktober '95 dadurch auf, daß er in der Nazi-Zeitung ***Umbruch*** (von **Steffen Hupka**) angab, einen Gedenkmarsch für den Rechtsextremisten **Sandro Weilkes** in Neuhaus organisieren zu wollen. ◆

GFP-Kongreß in Vorbereitung

NE 3/96 - Die rechtsextreme ***Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)*** bereitet ihren Jahreskongreß (vom 19. bis zum 21. Mai '96) im südlichen Thüringen weiterhin vor. Infos und Anmeldeunterlagen gibt es beim GFP-Sekretariat, Postfach 1216, 72644 Oberboihingen. ◆

Seidl sucht

EV #98 - In der Nazizeitung ***Europa Vorn*** sucht ein 40 Jahre alter **Wilfried Seidl** (Eislebener Str. 3, 99086 Erfurt) per Anzeige eine „Politische Heimat". ◆

International

Internationales Nazi-Treffen geplant

DEMOS - Hier die Übersetzung einer Nachricht in dem schwedischen Naziblatt ***Bulletin*** (1/96), dem Blatt der „Nordischen Reichspartei" ***Nordiska Rikspartiet (NRP)***: *„NS-Kameraden! Vom 3.5.1996 - 5.5.1996 treffen wir uns in der Lüneburger Heide, Deutschland. Bitte melde Dich schon jetzt zum Europa-Treffen an und gib bescheid, ob du ein Einzelbett- oder Doppelbett-Zimmer möchtest."* Die NRP ist eine alte, traditionelle Nazipartei in Schweden. In den 80er Jahren bekamen hier viele der jetzien „Storm"-Kader ihre ersten Schulungen. ◆

Belgien

Revisionsverfahren für Nazi

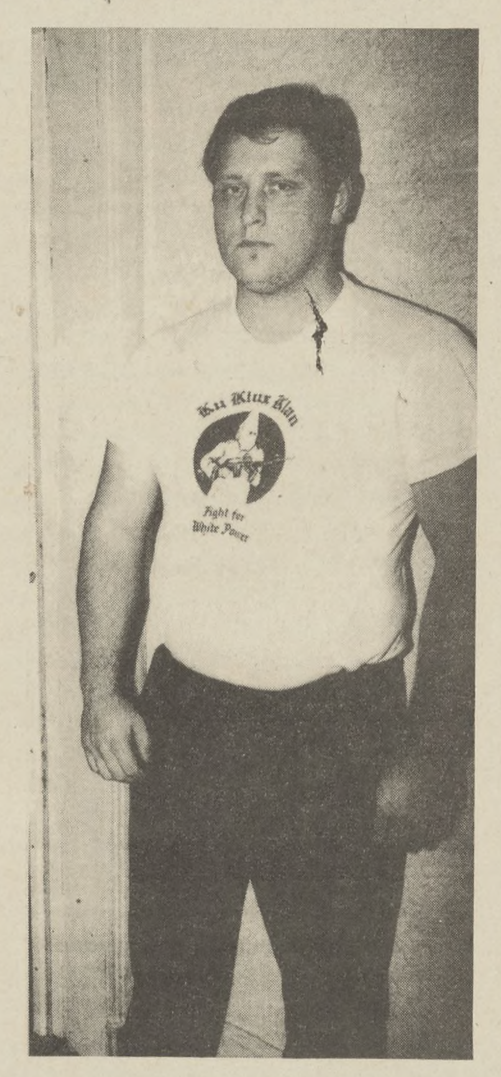
antifa, JW 19.2.96 - Das Brüssler Militärgericht hat in dem Revisionsprozeß für die 1945 hingerichtete Nazi-Kollaborateurin **Irma Laplasse** das Todesurteil aufgehoben. Statt dessen wurde gegen sie eine lebenslange Haftstrafe verhängt, die jedoch nur symbolische Bedeutung hat. Das Urteil stellt jedoch die Verfolgung aller belgischen Nazi-Koballateure in Zweifel. Die flämische Bäuerin wurde unmittelbar nach der Befreiung in Brügge vor dem belgischen Militärgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 30. Mai 1945 hingerichtet. Es wird ihr vorgeworfen kurz vor der Befreiung das Versteck einer Gruppe Jugendlicher an die Nazi-Wehrmacht verraten zu haben. Flämische Neonazis demonstrier-

ten vor dem Gerichtsgebäude nicht nur für eine Generalamnestie, sondern für die juristische Rehabilatierung aller Kollaborateure der faschistischen Besatzungszeit. An einer antifaschistischen Gegendemonstration gegen den gefährlichen Geschichtsrevisionismus beteiligten sich mindestens genau so viele meist junge Menschen. Der Fall Irma Laplasse wird von den bürgerlichen Medien hochgespielt und ist ein Aufhänger für angeblich ungerechtfertigte Strafen für HelferInnen der Faschisten. Es gab Zwischen 1944 und 1950 mehr als 50.000 rechtskräftige Verurteilungen, darunter über 1.000 Todesurteile von denen jedoch nur 242 vollstreckt wurden. Die Faschisten des ***Vlaams Blok (VB)*** haben als ein Ziel neben dem Kampf gegen „Einwanderung und Überfremdung", die vollständige Amnestie für nach 1945 verurteilte Nazi-Kobollateure. Der derzeitige Chef des VB, **Filip Derwinter** (Jahrgang 1962), spricht sich für ein „Groß-Niederlande mit etwa 20 Millionen Einwohnern" aus. Die Jugendorganisation des VB ist die ***Jonger Aktief***, mit Sitz in Antwerpen. Derzeit kann nur noch eine Groß-Parteienkoalition von Trotzkisten und Sozialisten über Grüne, Liberale sowie Christdemokraten bis hin zur Nationalen Volksunion den faschistischen Vlaams Blok von der Regierung abhalten. Der VB ist in Antwerpen zum Beispiel mit 28% der Stimmen und mit 18 von 55 als stärkste Kraft vertreten. Eine andere rechtsextreme Gruppe ist die ***Vlaams Nationale Jeugd (VNJ)***, eine 1961 vom Architekten **Jaque Haerenbourgh** gegründete Jugendorganisation mit etwa 1.500 jüngeren sowie 1.000 älteren MitgliederInnen. Sie marschieren bei allen Volkstumsveranstaltungen in schwarz-grauen Uniformen und halten Sonnenwendfeiern auch mit deutschen Rechtsextremisten ab. Die ***Voorpost***, eine weitere Partei, versteht sich als Aktionsgruppe und tritt vor allem für ein „Europa der Völker" ein. Es Bestehen seit langem gute Kontakte zu deutschen Neonazis wie zu den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***. Für die Zeitschrift der Voorpost, die ***Revolte***, schreiben zum Beispiel auch deutsche Rechtsextremisten. Chefredakteur der Revolte ist **Peter Logghe**, der wiederum in deutschen Nazi-Blättern schreibt. Weitere rechtsextreme Gruppen sind: die ***AGIR***, die ***Sint Maartensfond*** und der Zirkel ***Cerle Copernic (CC)***. ◆

Dänemark

Naziradio „Oase" sendet

JW 1.1., ZAK 3.3.96, WGA #8 - Seit Mittwoch, dem 28. Februar '96 sendet vom kleinen Kopenhagener Vorort Greve aus die faschistische ***DNSB*** ein eigenes Radioprogramm. **Jonni Hansen** ist Vorsitzender der ***Dänisch Nationalsozialistischen Bewegung*** und Betreiber des Radiosenders ***Oase***. Hansen und sein Stellvertreter **Hendrik Christiansen** hoffen, daß sie etwa 200.000 Menschen mit dem Radio erreichen und daß diese ihrer *„rassenbewußten Musik und heftigen Diskussionen für ein rassenreines Dänemark"* lauschen, so Hansen. Die Radiostation befindet sich in einer Villa Hansens, die mit Stacheldraht, Stahl- und Holzzäunen eingegittert ist und von Videokameras überwacht wird. Am



Jonni Hansen

Eingangstor zur Villa und auf dem Briefkasten kleben Hakenkreuzaufkleber der DNSB und der NSDAP/AO. Eigentlich wollten die Faschisten bereits im September 1995 auf Sendung gehen, doch erst jetzt haben sie es endgültig geschafft und spielen faschistische Hetzmusik, die in Deutschland zum Teil verboten ist. Die umfassenden Gesetze der Meinungs- und Redefreiheit sind in Dänemark so locker, daß es von behördlicher Seite zu keinem Einschreiten wegen der offenen Nazipropaganda kommt. ◆

Frankreich

Neue flämische Jugendorganisation

DESG 1-2/96 - Bereits Ende des letzten Jahres hat sich im französischen Teil Flanderns eine neue rechtsextremistische Jugendorganisation gegründet. Die sich selbst als militant bezeichnende ***Zuid Vlaamse Jeugd*** stellt sich selbst unter anderem so vor: *„Wir wollen eine Jugend formen, die ihre wirklichen Wurzeln wiederfindet anstatt unterzugehen in der Charakterlosigkeit (...), verdummt von der Konsumgesellschaft, dem amerikanischen Mythos, den humanistischen oder jüdisch-christlichen Märchen von den Menschenrechten."* ◆

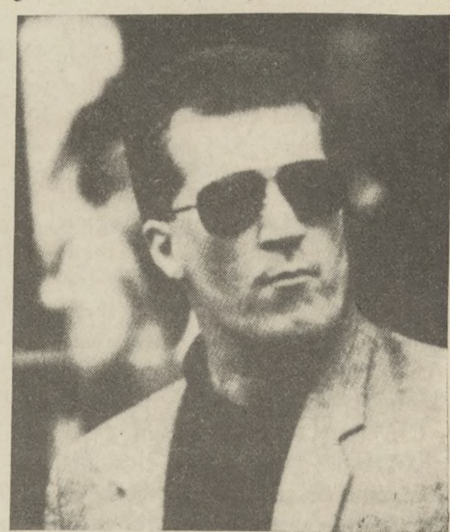
Anschlag auf FN-Büro

JW 22.2.96 - Am Mittwoch, den 21. Februar '96 haben Unbekannte in Marseille einen Bombenanschlag auf ein Parteibüro der faschistischen ***Front National (FN)*** verübt, bei dem erheblicher Sachschaden entstand, aber niemand verletzt wurde. Ein bislang unbekannte Gruppe bekannte sich zu der Tat und bezog sich auf den Mord an einem jugendlichen Komoren in Savine im vergangenem Jahr. Am 21. Februar '95 wurde der 17jährige **Ibrahim Ali** von Plakatklebern der FN hinterrücks erschossen. Die Rechts-Aktivisten klebten Plakate mit dem Slogan „Mit Le Pen drei Millionen Immigranten zurück nach Hause" und wurden von einer Gruppe Jugendlicher, der auch Ali angehörte, entdeckt. Dem Mord war weder ein Streit noch eine Auseinandersetzung vorausgegangen. Im Nachhinein bestritt die FN-Führung sogar, daß in dieser Gegend Werbeplakate geklebt wurden und FN-Vorsitzende **Jean-Marie Le Pen** sagte, daß Bewaffnung bei Plakataktivitäten angeblich nicht üblich sei. Nach dem Mord kam es zu spontanen Protestaktionen und einer Demonstration mit über 20.000 TeilnehmerInnen. ◆

Großbritannien

„BNP" im Internet

Spearhead #322, WGA - Seit neustem ist auch die ***British National Party (BNP)*** im Internet vertreten. Das Verzeichnis der BNP nennt sich ***British National Party News Service*** und es können dort die Zeitungen ***Spearhead*** und die Parteizeitung der BNP ***British Nationalist*** sowie Neuigkeiten der BNP abgefragt werden. Der BNP News Service ist unter „http://ngwwmall.com/frontier/bnp/" zu erreichen. Die



Eddie Whicker

Zeitschrift Spearhead ist ein eigenes Magazin von **John Tyndall**, Mitglied der BNP. Im Spearhead befindet sich jedesmal eine mehrseitiger Versandliste in der nicht nur Propagandameterial der BNP, sondern auch Bücher von berühmt-berüchtigten Faschisten wie **David Irving** enthält. Zu finden außerdem der „Leuchter-Report" von **Fred Leuchter** oder das Buch "Starben wirklich sechs Millionen Juden?" von **Richard Harwood**. In der Dezemberausgabe (Nr. 322) des Spearhead wird unter anderem über die neue Internet-Anwendung und über Parteitreffen sowie über das Verhältnis zu nordirischen loyalistischen Gruppen wie der ***Democratic Unionist Party (DUP)***, des rechtsradikalen **Ian Paisley** berichtet. Überhaupt ste-



Charlie Sargent

hen englische Faschisten zum Teil im engen Kontakt zu protestantischen Terroristen in Nordirland. So unterhält zum Beispiel **Eddie Whicker** enge Kontakte zur ***Ulster Defence Association (UDA)***, die in Nordirland, jedoch nicht auf der Britischen Insel verboten ist. Whicker war Vorstandsmitglied und Parlamentskandidat der faschistischen ***National Front (NF)*** und ist heute in der Führungsriege der britischen Terrorgruppe ***Combat 18 (C18)*** zu finden. Die Gruppe C18 leitet ihren Namen aus den Initialen von Adolf Hitler ab. Der erste und achte Buchstabe im Alphabet sind die Anfangsbuchstaben A und H. Sie ist in den letzten Jahren durch brutalste Überfälle auf AntifaschistInnen, Andersdenkende und Homosexuelle aufgefallen. Erst im Frühjahr '95 wurden bei einer der seltenen Razzien der Polizei gegen C18 „schwarze Listen" beschlagnahmt, in denen Namen, Telefonnummern und andere persönliche Daten von „Gegnern" aufgelistet waren - zu vergleichen mit dem bundesdeutschen ***Einblick***. Im Sommer '95 hat sich die C18 für eine weitere Zusammenarbeit der internationalen Anti-Antifa stark gemacht. Gleichzeitig veröffentlichte sie in ihrer Zeitschrift ***Redwatch*** eine weitere Liste mit Namen und auch Fotos von AntifaschistInnen nun aus Norwegen. Die damals veröffentlichten Daten stammten aus einer Spitzelaktion der Faschisten; es wurden zudem auch Namen britischer Antifas veröffentlicht. Die Gruppe wird von **Charlie Sargent** geleitet. Sie unterhält zu nordirischen Gruppen Kontakte, aber auch zu deutschen Faschisten wie der ***Nationalistischen Front (NF)*** oder zu schwedischen Nazigruppen wie dem ***Vit Arisk Motståd (VAM, Weißer Arischer Widerstand)***. ◆

Weitere rassistische Gesetze

JW, Taz 26.2.96 - Nachdem vom britischen Unterhaus das neue Einwanderungsgesetz verabschiedet wurde (siehe WGA #14), mehren sich die Proteste gegen das neue rassistische Gesetz. Nach diesem wird 70 Prozent der Asylsuchenden verweigert, Sozialhilfe und andere Unterstützungen zu beantragen. Es gibt ein weiteres neues Gesetz, nach dem ein Staatssekretär eine Liste mit sogenannten sicheren Ländern zusammenstellen kann, wo es generell keine Verfolgung gibt. In diese Liste wurden jetzt unter anderem auch Pakistan, Indien und Ghana sowie Bulgarien und Rumänien aufgenommen. Nachweislich sind jedoch in Bulgarien und Rumänien Roma von tagtäglicher Diskriminierung und physischer sowie psychischer Gewalt betroffen. In Indien und Pakistan saßen nachweislich Menschen, die in Großbritannien Asyl suchten, aus politischen Gründen im Gefängnis und wurden dort gefoltert. Dieses und das „Anti-Unterstützungs-Gesetz" für Flüchtlinge sind nach Sprechern von Gewerkschaften und Flüchtlingsorganisationen rassistische Maßnahmen des Staates, um den Zustrom von Flüchtlingen zu bremsen. Am 24. Februar '96 demonstrierten in London Tausende gegen diesen Staatsrassismus und solidarisierten sich mit den Flüchtlingen. Unter dem Slogan „Defend Asylum Rights" (Verteidigt das Asylrecht) und mit Transparenten und Schildern zogen sie durch die Innenstadt. ◆

Italien

Anschlag auf rechten Historiker

DNZ 10/96 - Nach Angaben des rechtsextremen Wochenblatts „Nationalzeitung" haben bislang unbekannte einen Anschlag auf den rechten Historiker **Renzo De Felice** verübt. Bei dem Anschlag wurden zwei Molotow-Cocktails auf die Terrasse seiner Wohnung geschleudert. Dabei entstand nur geringer Sachschaden, verletzt wurde niemand. De Felice ist Professor an der Fakultät für Politische Wissenschaft an der Universität von La Sapienza. Er fiel dort negativ auf, weil er zum Beispiel die Ermordung des faschistischen Diktators **Benito Mussolini** angeprangert hat. Mussolini war Begründer der italienischen faschistischen Bewegung. Die Vorlesungen vom rechten Unilehrer wurden bereits mehrfach von AntifaschistInnen behindert. Die Vorträge konnten jedoch nicht verhindert werden, weil De Felice zeitweise unter Polizeischutz arbeitete. ◆

Zivilklage im Priebke-Prozeß

Tsp, JW 29.2.96 - Im Prozeß gegen den ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Wehrmachtsoffizier **Erich Priebke** dürfen jetzt auch ZivilklägerInnen auftreten. Dies entschied das italienische Verfassungsgericht. Es war bislang in der italienischen Militärgerichtsbarkeit nicht vorgesehen, daß auch ZivilklägerInnen auftreten dürfen. Der oberste Richter nannte ein solches Verbot verfassungswidrig. Als NebenklägerInnen wollen vor dem Militärgericht unter anderem 50 Familienangehörige von Opfern auftreten. Priebke ist vom Gericht wegen

> **Achtung: Die näxte *Was geht ab?* erscheint erst am 15. Mai '96 !**

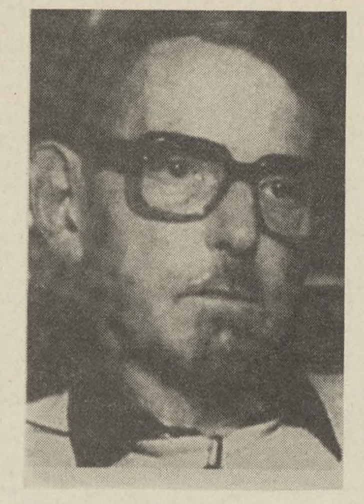
Kriegsverbrechen angeklagt. Er war an der Ermordung von 335 ZivilistInnen, darunter aktive AntifaschistInnen, am 24. März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen in der Nähe von Rom, beteiligt. Dies gab Priebke bereits im Jahre '44 vor einem britischen Militärgericht zu, verurteilt wurde er bislang nie! Der 82jährige Deutsche wurde erst im Sommer 1995 von einem Filmteam in Argentinien aufgespürt und Ende 1995 nach Italien ausgeliefert. ◆

Niederlande

Nazikader Wolsink gestorben

JW 16.2.96, WGA - Die internationale Naziszene hat einen bedeutenden Mitstreiter verloren, der die besten Kontakte zwischen Altnazis beziehungsweise ehemaligen Mitgliedern der ***SS*** und den „neuen" militanten Faschisten hatte. Wie die niederländische ***Aktionsfront Nationaal Socialisten (Aktionsfront Nationaler Aktivisten - ANS)*** erst kürzliche bekannt gab, starb **Gerrit Et Wolsink** 71jährig bereits am 30. Dezember 1995. Wolsink war für die ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)*** wahrscheinlich das wichtigste Bindeglied zwischen dem terroristischem Spektrum und der alten SS. Er wurde am 19.12.1924 geboren und war während der faschistischen Besetzung der Niederlande SS-Hauptsturmführer der ***Division Brandenburg*** und dort in einem Spezialkommando eingesetzt. Die Spezialeinheit Division Brandenburg unterstand der deutschen Wehrmacht und hatte die Aufgabe, hinter der „feindlichen Linie" für Sabotage und Terror zu sorgen. Die meisten Angehörigen der „Brandenburg", so auch Wolsink, wechselten später zum SS-Regiment Oranienburg, des **Otto Skorzeny**, welcher im "dritten Reich" gefeierter Kommandoführer war und in zahlreichen, zum Teil waghalsigen europäischen Missionen für die Nazis kämpfte. Nachdem Skorzeny nach dem Krieg verhaftet und frei-

gesprochen wurde, gelang ihm nach einer zweiten Verhaftung die Flucht nach Spanien, wo er eine Export-Import-Firma eröffnete und ein wichtiges Teil im internationalen Nazinetz blieb. Wegen seiner Mitgliedschaft in der „Brandenburg" wurde Gerrit Et Wolsink 1946 zu acht Jahren Haft verurteilt, jedoch nach einem Jahr wieder entlassen. Wolsink arbeite nach dem Krieg im Dienste der Alliierten und antwortete auf die Frage, ob dies nicht ein Widerspruch sei, gegen die einstigen Gegner zu arbeiten: *„entweder tot oder frei und ungefähr in dieselbe Richtung arbeiten - und dann konnte ich gleich meine NS-Arbeit fortsetzen".* Im „Kalten Krieg" waren die „Brandenburg"-Erfahrungen Wolsinks wieder gefragt. Wolsink willigte ein, an Operationen des ***NATO***-Netz ***Gladio*** teilzunehmen, nachdem *„mein höchster Nachkriegsvorgesetzter zugestimmt hatte"*, so Wolsink. Sein Nachkriegsvorgesetzter war **Joseph Dietrich**, genannt Sepp. **Sepp Dietrich** war in der NS-Zeit Kommandeur der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler" und wurde im Verlauf des Zweiten Weltkrieg bis zum Oberstgruppenführer der SS und Generaloberst der ***Waffen-SS*** befördert, und war somit zweithöchster SS-Angehöriger nach dem „SS-Reichsführer". Auch Dietrich wurde verurteilt. Doch zuerst wurde seine Strafe verringert und dann wurde er sogar heimlich aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Auch aus seiner zweiten Haft wurde er frühzeitig entlassen. Nach dem Krieg leitete er mit weiteren ehemaligen SS-Kommandeuren die ***Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen SS-Angehörigen (HIAG)***, die legale Nachkriegsorganisation der SS. Im Rahmen des Gladio-Netz, das im Kriegsfall als Untergrundarmee hinter den feindlichen Linien operieren sollte, nahm Wolsink an verschiedene Aktionen in den sowjetischen Einflußphären teil - nach dem Vorbild der „Brandenburg". In den 50er Jahren gründete er in Holland die dortige ***Wiking-Jugend (WJ)***, die wie die deutsche WJ Anfang der 50er Jahre in Europa von ehemaligen SS-Leuten gegründet wurden - alles im Sinne der ***Hitler Jugend (HJ)***. Er betätigte sich bis 1986 in der ***Niederländischen Volksunion*** und arbeitete fortan für die ***British National Socialist Mevoment***. Für letztere übernahm Wolsink den Sicherheitsbereich und überprüfte für die Briten die internationalen Kontakte. Ab Mitte der 80er betätigte sich Wolsink auch in der ANS-Niederlande, die seinen Tod bekannt gaben und der niederländische Zweig der GdNF sind. Er arbeite ebenso mit der ***Südafrikanischen Befreiungsfront***, wie mit bundesdeutschen Nazis zusammen. In der ehemaligen Bewegung des verstorbenen ***Michael Kühnen*** wurde er „Ehrenmitglied der reichsdeutschen Bewegung Kühnens". Dies erklärte Wolsink stolz, ebenso wie er nie seine Mitgliedschaft der ***NSDAP/AO*** nie leugnete. Wolsinks Kontakte zu deutschen Naziszene sahen so aus, daß er direkt von **Christian Worch** die Informationen über die Entwicklung der Neonazis in der ehemaligen DDR. Er vermied stets größere öffentliche Auftritte, wahrscheinlich wegen seiner Kontakte zu terroristischen Nazis. Der GdNF beziehungsweise der NSDAP/AO ist ein wichtiger Verbindungsmann zur alten NS-Generation verloren gegangen, der zudem auch Terrorerfahrungen aus erster Hand aufweisen konnte. ◆



Gerrit Et Wolsink

Norwegen

Prozeß gegen Neonazis

AN 4/96, WGA - In Norwegen müssen sich derzeit fünf junge Neonazis im Alter von 18 bis 21 Jahren wegen schweren Raubüberfalls auf ein Waffen- und Sportgeschäft im südnorwegischen Stavanger verantworten. Die Täter stammen aus dem Milieu des rassistischen ***Ku-Klux-Klan (KKK)*** und waren bereits vor der Tat durch Verbreitung von faschistischen Plakaten und Plaketten der Polizei aufgefallen. Während den Ermittlungen fielen der Polizei weitere Kleidungsstücke mit Symbolen des KKK in die Hände. Die Faschisten hätten bereits gestanden, daß es sich bei dem Raubüberfall, bei dem der Geschäftsinhaber mit Messerstichen verletzt wurde, nicht nur um Geld ging, sondern auch gezielt um die Beschaffung von Waffen. Aus einem Bericht der Zeitung „Dagbladet" geht hervor, daß die Männer das Geschäft und dessen Inhaber mehrere Tage systematisch beobachtet hätten und dann das Geschäft unter Gewaltanwendung überfielen. Trotz der Messerattacke gegen den Geschäftsmann hat sich dieser so lange verteidigt, bis die Täter erfolglos die Flucht ergriffen. Der Polizei gelang es, nach skandinavienweiter Fahndung die Faschisten festzunehmen. Sie wurden im benachbarten Schweden nach über 450 km Flucht in einem gestohlenem Wagen geschnappt. Jetzt müssen sie mit Knast von bis zu zwölf Jahren rechnen. Nach Einschätzung der Polizei erwies sich das Jahr '95 in Hinsicht auf „rassistisch motivierte Kriminalität" in der Region Stavanger und Haugesunds (Südwestschweden) als „sehr ruhig". Im Gegensatz zu dieser Polizeiaussage steht die Tatsache, daß die extreme Rechte bei den Kommunalwahlen im September '95 stark an Stimmen zunahm. Die ***Fortschrittspartei (FP)***, mit Chef **Carl I. Hager** konnte ihren Stimmenanteil von 7 Prozent auf über 11 Prozent steigern, während die Sozialisten Einbußen hatten. ◆

Österreich

Haiders Immunität aufgehoben

BeZe 15.3.96 - Wegen der vielen Beleidigungsklagen gegen Mitglieder des Parlaments, vor allem durch **Jörg Haider**, hat das Parlament nun beschlossen, die Immunität der Abgeordneten in den Vorwürfen Beleidigung und übler Nachrede aufzuheben. Bislang konnten Geschädigte nur eine Zivilklage anstrengen. Damit ist der Weg für zwei Verfahren gegen Haider gebahnt. Zum einen eine Klage des Innenministers **Casper Einem**, über den Haider behauptet hatte, dieser sei wegen eines Drogendelikts im Gefängnis gewesen, und eine Klage der Zeitschrift ***News***. Dieser hatte Haider mehrmals Nachrichtenfälschung vorgeworfen ◆

Seltsam im Kloster

bnr 5/96 - Der langjährige Starkolumnist der ultrarechten ***Aula***, **Franz-Xaver Seltsam** soll nach Informationen der ***Jungen Freiheit*** (8/96) in ein südfranzösisches Kloster eingetreten sein, in dem unbedingtes Schweigegebot herrscht. Unklar ist, ob Seltsam mit diesem Schritt einer Strafverfolgung wegen NS-Wiederbetätigung entgehen wollte. ◆

Hysterie

bnr 5/96 - Die fanatische Verfechterin der „Tiroler-Einheit" **Johanna Grund** greift neuerdings auch für den ***Eckartboten,*** dem Organ der ***Österreichischen Landsmannschaft (ÖL)***, zur Feder. Die erbitterte Gegnerin der europäischen Einigung richtete sich in der Februar-Ausgabe mit scharfen Worten gegen die geplante Einführung des Euro-Geldes „Euro": *„Mit dem Opfer der D-Mark soll (...) die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands beseitigt werden".* Grund war von 1989 bis 1994 Parlamentarierin im Europäischen Parlament, zuerst für die ***Republikaner*** dann parteilos. Aufgefallen ist sie als Autorin in ***Nation & Europa***, dem ***Schlesier,*** den ***Staatsbriefen*** sowie als Leserbriefschreiberin in der antisemitischen Postille ***Die Bauernschaft***. ◆

»Junge Freiheit« verharmlost Nazi-Mörder

JF 10/96 - Einen Angriff der Medien auf die „Tiroler-Einheit" sah die ***Junge Freiheit***, als die italienische Nachrichtenagentur ***ANSA*** über den rechtsextremen Serienmörder **Ferdinand Gamper** berichtete. Dieser führte als Mitglied der Truppe ***Ein Tirol*** einen „ethnischen" Privatkrieg und brachte sechs Menschen um. Nach dessen Selbstmord wurden bei ihm Aufzeichnungen gefunden mit Parolen wie „Es lebe das vereinte Tirol und Großdeutschland" oder „Besser in Tirol sterben, als in Italien vegetieren". Aber selbst diese Beweise überzeugen die Junge Freiheit

nicht und so schreibt sie: *„Was lag also näher, als daraus eine politische Tat zu konstruieren, auch wenn es sich bloß um einen verwirrten Irren gehandelt hat."* Da stellt sich doch die Frage, wer nicht noch alles verwirrt ist. ◆

Vertuschungsversuch

JF 10/96 - In der ***Jungen Freiheit*** wird versucht, die Mitverantwortung der ***Freiheitlichen (F)*** an den Klagenfurter Briefbomben zu entkräften. Der Vorwurf, die „F" hätte durch die Vertretung rechtsextremen Gedankenguts wenigstens moralisch Mitschuld am Briefbombenterror, sei nunmehr unhaltbar, da der „Freiheitliche" Personalvertreter bei der Exekutive **Horst Binder** für die zwei geschädigten Polizisten wohl eine Entschädigung ausgehandelt haben soll. Die Zusage des Innenministers für die Entschädigung soll die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe beweisen. ◆

Polen

Protest in Auschwitz

Tsp 14.3., JW 15.3.96 - Gegenüber dem Haupteingang des Konzentrationslagers Auschwitz soll innerhalb der 500-Meter-Schutzzone ein Einkaufszentrum entstehen. Das polnische Handlungsunternehmen „Maja", welche für dieses Bauvorhaben verantwortlich ist, wird außerdem beschuldigt, Räume an antisemitische und rechtsradikale polnische Organisationen zu vermieten, sogar in unmittelbarer Nähe des Konzentrationslagers. Die jüdischen Organisationen betrachten die Supermarktpläne als eine politische Provokation, da es seit Jahren Auseinandersetzungen zwischen den jüdischen Überlebenden und dem polnischem Staat gibt. ◆

Schweden

Neue Nazipartei

AN 4/96 - Nach einer Meldung der schwedischen Zeitung 'Dagens Nyheter' hat sich Ende Januar '96 in der Hauptstadt Stockholm aus etwa 150 Jungnazis eine neue faschistische Partei gegründet - die ***Nationale Allianz***. Ein führendes Gründungsmitglied sagte: *„Wir wollen den nationalen Kampf auf eine gesunde Weise führen"*. Es wurde bekannt, daß diese neue Nazipartei den harten nazistischen Kern mit dessen SympathisantInnen zu einer homogenen Organisation zusammenführen soll. ◆

Schweiz

Neues von Thies Christophersen

Infoblatt #33, WGA #12 - Wir berichteten in unserer Januar-Ausgabe #12, daß der Altnazi **Thies Christophersen** die Schweiz bis zum 31. Dezember 1995 zu verlassen hatte. Er wohnt(e ?) in Biel im Kanton Bern und ist/war über „Postlagernd" in 2552 Orpund zu erreichen. Der Faschist legte gegen die Weisung der Bundesanwaltschaft der Schweiz Beschwerde ein. Es ist bislang nicht klar, ob er die Schweiz wirklich verlassen hat. Christophersen hofft auf eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen, weil sich der 77jähriger wegen seines Nierenleidens in ärztlicher Behandlung befindet. Letzter Informationsstand ist, daß er wegen seiner angeschlagenen Gesundheit in Biel bleiben darf, obwohl gleichzeitig zwei Bosnier samt Familie trotz angeschlagener Gesundheit ausgewiesen wurden. ◆

Antisemitisches Buch beschlagnahmt

bnr 4/96, WGA - Die Staatsanwaltschaft von Basel hat das Buch ***Geheimgesellschaft II*** aus dem deutschen ***Ewert-Verlag*** beschlagnahmt, weil dieses möglicherweise gegen das am 1. Januar 1996 in Kraft getretene Antirassismus-Gesetz verstößt. Der Autor des Buches ist ein **Jan van Helsing**, welcher auch Autor des ersten Buches ist, dies hieß „Geheimgesellschaft und ihre Macht im 20. Jahrhundert. Ein Wegweiser durch die Verstrickung von Logentum und Hochfinanz". Vom ersten Teil des Buches wurden 70.000 Exemplare abgesetzt. Beide Ausgaben werden von der antisemitischen ***Universal Church***, aus dem amerikanischen Centreville (Virginia), empfohlen. Die theosophische Universal Church hat in der Schweiz eine Abspaltung, die Sekte ***Das Fundament für Höheres Geistiges Lernen*** (Untertitel: „Bruderschaft der Großen Weißen Loge"), welche den antisemitischen Rundbrief ***The Inner Light*** (Das Innere Licht) für Leute in der Schweiz, Österreich und der BRD herausgibt. Der Führer der Universal Chruch, **Peter-William Learch Lewis** und seine Schweizer Ehefrau **Rita Vitelli** besuchten Ende 1995 die Schweiz, um für den vierseitigen Rundbrief zu werben. In diesem wird offen Rassendiskriminierung und Antisemitismus propagiert. In der Anrede heißt es: *„Du und ich werden immer jene 'beleidigen', die der jüdischen Überzeugung angehören"*, zudem werden Jüdinnen und Juden als Tiere bezeichnet. ◆

„FAntifa" gegründet

Infoblatt #33 - In Bern hat sich im Umfeld des autonomen Kultur- und Begegnungszentrum Reitschule die erste ***FrauenAntifa*** der Schweiz gegründet. Konkreter Anstoß für die Gründung der FAntifa war die Wut vieler Frauen über einen Vergewaltigungsversuch und zwei Vergewaltigungen in der Reitschule. Die FAntifa ist über folgende Adresse zu erreichen: FAntifa, c/o Infoladen Reitschule, Postfach 50 53, CH-3001 Bern. Oder per Fax aus der BRD: 00 41 - 31 - 302 78 74. Gutes Gelingen wünscht die WGA-Auslandsredaktion. ◆

Ungarn

Neonazi freigesprochen

BeZe 11.3.96 - Ein Budapester Gericht weigerte sich, dem Neofaschisten **Albert Szabo** den Prozeß zu machen, wegen Mangel an Beweisen. Gegen diesen Entschluß demonstrierten in Budapest rund 2.000 Menschen. ◆

USA

Antisemitische Straftaten gingen zurück

Taz 15.2.96 - Nach Angaben der ***Liga gegen Diffamierung*** ging die Zahl der antisemitischen Vergehen im vergangenen Jahr um 11 Prozent von 2.066 auf 1.843 zurück. Erstmals seit drei Jahren verringerte sich damit die Zahl der Vergehen. ◆

US-Nazi-Connection nach Deutschland

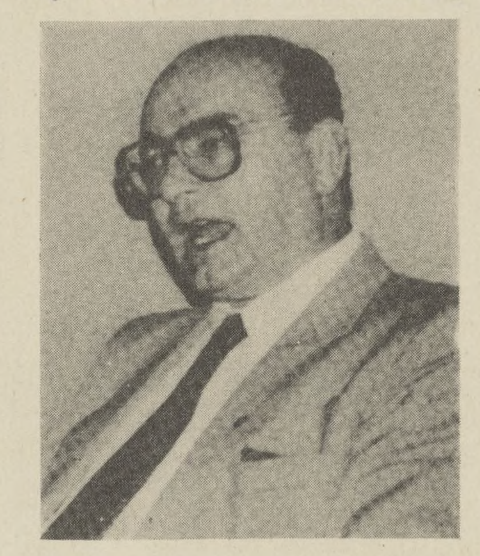
ND 3.2., Tsp 11.2.96 - Zwischen deutschen und US-amerikanischen Faschisten und Naziterroristen gab und gibt es Kontakte, das ist weder neu noch verwunderlich. Erst kürzlich wurde bekannt, daß es persönliche Bekanntschaften zwischen den Angeklagten des „Oklahoma-Anschlag" und deutschen Faschisten gibt. Der Angeklagte **Timothy McVeigh** stand im persönlichen Kontakt zum 36jährigen Berliner Neonazi **Andreas Strassmeir**, der dem Berliner Verfassungsschutz bereits bekannt ist, aber noch nicht in irgendwelchen Zusammenhängen aufgetaucht sein soll. McVeigh soll Strassmeir während einer Waffenschau in den USA kennengelernt haben und stand anscheinend mit ihm in „geschäftlicher Verbindung". Strassmeir ist Sohn des ***CDU***-Politikers **Günther Strassmeir**, der 1981/85 Generalsekretär der Berliner CDU, 1986/87 stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied des Bundestages von 1972 bis 1990 war. In Bonn war er Vorstandsmitglied der Fraktion CDU/CSU und von 1989 bis 1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. Günter Strassmeir saß zudem seit 1991 im Berliner Abgeordnetenhaus. Andreas Strassmeir hat zwei Jahre in den USA gelebt und in einem Camp namens Elohim City gewohnt. Dieses „Camp" ist ein Lager der faschistischen ***Christian-Identity (CI)***. Die CI sowie das Lager wurden vom Rechtsextremisten **Robert Millar** gegründet. Es liegt in den dichten Wäldern der Ozark Hills, etwa 20 Meilen von der Grenze Oklahomas zum Nachbarstaat Arkansas entfernt. Zwei Monate nach dem Anschlag auf das „Alfred P. Murray Federal Building", bei dem am 19. April 1995 169 Menschen starben und über 400 verletzt wurden, zog Strassmeir, Ex-Leutnant der Bundeswehr, zurück nach Berlin zu seinen Eltern. In dem Lager der CI wohnen etwa hundert Fanatiker aus sämtlichen reaktionären Lagern: religiöse Fundamentalisten, Rassisten, Faschisten ebenso wie rechtsextreme Waffennarren und Naziterroristen. In Elohim City wohnen zahlreiche führende Nazis der Vereinigten Staaten, unter anderem: **Byron de la Beckwith**, wegen Mordes an dem Bürgerrechtler Medgar verurteilt, **Thom Robb**, der Nationaldirektor des ***Knights of the Ku Klux Klan*** ist, oder Richard Butler, der Gründer der berüchtigten Naziorganisation ***Aryan Nation (AN)*** ist. Jetzt wird gegen Strassmeir wegen den Kontakten zu Timothy McVeigh, der ebenfalls Kontakte zur Aryan Nation hatte, und wegen seinen Aktivitäten in der CI von Seite des FBI ermittelt. Anhand von McVeighs Kartentelefon kann ihm nachgewiesen werden, daß er am 9. und 17. April 1995 versuchte Strassmeir in Elohim City zu erreichen, nur wenige Minuten nach dem er den beim Anschlag verwendeten Lieferwagen gemietet hatte. BewohnerInnen des Lagers können sich daran erinnern, daß zur fraglichen Zeit jemand Strassmeir zu erreichen versuchte und angefragt habe, ob er (McVeigh) in dem Camp wohnen könne. Andreas Strassmeir war während seiner Zeit in den USA Mitglied der CI und Chef von deren Miliz. Er hat zudem 1993 in Housten an Treffen des rassistischen ***Ku Klux Klan (KKK)*** teilgenommen. Die Christian Identity (Christliche Identität) ist dem amerikanischen Geheimdienst FBI nicht unbekannt. Sie wird von ihm seit Jahren beobachtet. Mitglieder der CI sollen nach Informationen des Geheimdienst Synagogen angezündet sowie Farbige und Juden ermordet haben. Dem Umfeld der CI gehört alles an, was in den USA unter den Faschisten Rang und Namen hat. So auch der Nazi **Dennis Mahon**, der selbst auch in Elohim City wohnt und Aktivist des ***Imperial Dragon White Knights of the Ku Klux Klan*** von Missouri und Oklahoma sowie des ***Weißen Arischen Widerstandes (WAW)*** ist. Mahon besuchte mehrmals die Bundesrepublik und hat enge Kontakte zu Nazis der inzwischen verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** und zu Mitglieder der ebenfalls verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP)***. Kontakt zu Mahon haben z.B. die Faschisten **Carsten Szczepanski** und **Norman Zühlke**. Mahon ruft dazu auf, die „alten Traditionen der Waffen-SS" zu pflegen und im Kampf gegen die „nichtarischen" Ausländer alle Mittel einzusetzen.

Eine „schillernde Figur" aus dem Umfeld der CI ist auch der Nazianwalt **Kirk Lyons**, Bindeglied zwischen faschistischen Gruppen aus verschiedenen Ländern. So ist Kirk Lyons Anwalt von Nazigrößen wie **Ernst Zündel**, **David Irving** sowie **Fred Leuchter** gewesen. „Zufällig" ist er auch Anwalt von Andreas Strassmeir. Der Nazi-Anwalt steht an der Spitze der ***C.A.U.S.E. Foundation***, eine weltweite agierende Gefangenenorganisation die Neonazis in Gefängnissen betreut. Zudem vertreibt er Videos über die Grundlagen der Rassenlehre und Propagandamaterial von faschistischen Parteien. Lyons hielt sich Anfang der 90er Jahre auch mehrfach in Deutschland auf und pflegte hier ebenfalls seine Kontakte zu deutschen Nazigruppen wie der FAP, der ***Deutschen Liga (DL)*** oder der inzwischen verbotenen ***Wiking Jugend (WJ)***. Am 9. Juli 1992 sprach er auf einer Veranstaltung in Bonn mit seinem Freund und Klienten Zündel über Revisionismus. Diese Veranstaltung organisierte **Ewald Bela Althans** und wurde von Nazis aus NF, FAP sowie WJ und DL besucht. Im Herbst 1992 reiste er durch 10 Deutsche Städte. In Cottbus saßen neben ihm auf den Rednerpodium hochrangigen internationale Faschisten wie Althans, **Frank Hübner** von der verbotenen ***Deutschen Alternative (DA)*** und **Poul Rijs-Knudson** von der ***Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB)***. Während einem Deutschlandbesuch von Lyons hielt er sich als Gast im Hause Strassmeirs in Berlin auf, dies bestätigte sowohl Lyons als auch Strassmeir. Die Christian Identity gehört zu der neonazistischen Strömung der USA, die sich ähnlich wie die bundesdeutschen Faschisten seit etwa 1992 nach dem „Zellenprinzip" organisieren. Die CI nennt ihre Struktur „leaderless resistance" (führerloser Widerstand). Dieses ist die Bildung kleiner, unabhängiger Gruppen (Zellen), die Angriffe gegen politische GegnerInnen, staatliche Institutionen und gesellschaftliche Minderheiten planen und durchführen. Kopiert wird diese Art von Organisierung vom Spektrum der NF-Nachfolge um den Quedlinburger Neonazi **Steffen Hupka**, der diese Linie ganz offen vertritt und propagiert. Der Prozeß gegen Timothy McVeigh (27) und seinen Mitangeklagten **Terry L. Nichols** (39) wird wahrscheinlich erst Mitte Herbst beginnen. Unklar ist bislang ob die beiden Militärkameraden gemeinsam oder einzeln einen Prozeß bekommen. Laut Staatsanwaltschaft und Verteidigung wird es dann vermutlich noch bis zum Spätherbst dauern, bis der oder die Prozesse beginnen. Im Nachhinein wurde die Vermutung laut, daß der Anschlag auf das Regierungsgebäude, in dem neben Bundesbehörden und dem FBI auch ein Kindergarten untergebracht war, ein Racheakt für die Hinrichtung des weißen Rechtsradikalen **Richard Snell** in Arkansas war. Snell stand im engen Kontakt mit Robert Millar, dem Leiter des CI-Lagers. Die Spekulationen, daß der Anschlag auch im Zusammenhang mit dem Feuer von Waco in Texas steht, gehen auch nicht zurück. Der Anschlag war genau der zweite Jahrestag der Erstürmung des Hauses der ***Davidianer-Sekte*** im Frühjahr 1993. Es sind zudem Verbindungen der Sekte zu organisierten Faschisten vorhanden. Der Anwalt Lyons verteidigte Überlebende der Erstürmung und McVeigh besuchte das Gebiet das der Sekte gehörte und kehrte mit „außerordentlicher Wut" zurück. ◆

Portrait

Peter Dehoust

Archiv-Nachrichten #3, WGA #8 - Heute ist **Peter Dehoust** Herausgeber des rechtsextremen Monatsmagazins ***Nation & Europa (NE)***. Außerdem Beisitzer im Präsidium der ***Deutschen Liga (DL)*** sowie im Vorstand der ***Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP)***. Doch seine Karriere begann schon vor mehreren Jahrzehnten. Die folgende Chronologie haben wir den ***Archiv-Nachrichten*** der „Gruppe Archiv Coburg" entnommen: Peter Dehoust ist Jahrgang 1938 und lebt in Coburg. 1959 war er Gründungsmitglied und „Chefideologe" des ***Bund Nationaler Studenten (BNS)***, der nach etlichen Verbotsverfügungen 1962 aufgelöst wurde. Dessen Nachfolgeorganisation wurde der ***Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)***, der der NPD nahesteht. 1960 wurde Dehoust Redakteur der Zeitschrift ***Deutscher Studentenanzeiger***, der zuerst als Organ des BNS und später des NHB fungierte. In den Folgejahren (bis 1978) war er Herausgeber und Verleger. Ab 1968 Bezirksvorstandsmitglied der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD)*** in Bayreuth, dann 1. Vorsitzender des Kreisverbands Coburg. 1970 wurde er NPD-Landtagskandidat sowie stellvertretender Bezirksvorsitzender. Nach dem Tod des NE-Gründers **Arthur Ehrhard** wurde Dehoust 1971 verantwortlicher Redakteur („Hauptschriftleiter") der „Nation & Europa". 1972 stieg er in den bayrischen Landesvorstand der NPD auf und richtete in der Mohrenstr. 14 die Coburger Kreisgeschäftsstelle ein, die bis heute besteht. Im selben Jahr organisierte er den „Nationaleuropäischen Kongreß" in Planegg mit 1.200 TeilnehmerInnen. Aufbau guter Konakte zu **Hans-Michael Fiedler** und dessen „Göttinger Runde". 1976 wurde Dehoust Vorsitzender des „NE-Freunde e.V." und nahm an der Gründung des ***Hilfskomitees Südliches Afrika (HSA)*** teil. Im selben Jahr war er Organisator des „1. Südafrika-Seminars" in Coburg. 1977 unterstützte er die Gründung des Kreisverbandes Oberfranken der ***Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (DSAG)***. 1978 wurde Dehoust wieder Landtagskandidat der NPD sowie stellvertretender Kreisvorsitzender für Oberfranken. Als Initiator zur Gründung des Kreisverbands Coburg der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** trat Peter Dehoust 1985 auf. Gemeinsam mit Jung-Faschos beschädigte er die Ausstellung



Peter Dehoust

„Neofaschismus in der BRD" im Coburger Bürgerhaus. Zwei Jahre später biederte er sich noch weiter bei der rechten Skinhead-Szene an und ließ zum Beispiel **Ullrich Großmann** aus dem JN-Dunstkreis und Herausgeber des Skinzines ***Clockwork Orange*** in der „Nation & Europa" schreiben. Schon längere Zeit betrieb Dehoust die Funktion als Vermittler zwischen rechtsextremen Gruppen und „wertkonservativen" Kreisen. 1988 verstärkte er seine Rassismus-Kampagnen gegen Aids-Kranke und AusländerInnen. Am 15. Januar '89 veranstaltete er in Coburg eine „Reichsgründungsfeier" mit dem Redner **Günter Deckert**. 1990 tauchte Dehoust im Zusammenhang mit des ***Arbeitskreis Vereinigte Rechte (AVR)*** auf. Er betätigte sich als Wegbereiter der ***Anti-Antifa***; so wurde in der NE-Ausgabe 8-9/90 eine Liste mit Namen, Adressen und Beschreibungen engagierter Linker abgedruckt. Daraus wurde die ständige Rubrik „Personalien von links". Während einer von Peter Dehoust initiierten „Ersten Gesamtdeutschen Sonnenwendfeier" mit 600 Teilnehmern kam es zu tätlichen Angriffen gegen Journalisten, aber auch untereinander: Dabei stach ein ex-Wehrsportler einem anderen Nazi ein Messer in den Rücken. 1991 beteiligte sich Dehoust in München an der Gründung der ***Deutsche Allianz / Vereinigte Rechte***, die sich später in „Deutsche Liga" umbenennen mußte. Am 3. Oktober '91 hielt er als Vorstandsmitglied zur Gründung eine Rede auf dem DL-Bundeskongreß in Köln. Bei der Jahrestagung der „Gesellschaft für Freie Publizistik" wurde Dehoust neben **Rolf Kosiek** zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Auch weiterhin beteiligte er sich an Seminaren und Veranstaltungen zur Unterstützung der südafrikanischen Rechtsradikalen, u.a. am 4. April '92, als der Faschist **Arthur Kemp**, Mitglied der ***Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB)*** und NE-Autor unter dem Beifall der TeilnehmerInnen sagte: *„Es gab bereits Bombeneinsätze und es spricht nichts gegen eine Fortsetzung des Kampfstils"*. Nach dem Mord an dem ***ANC***-Führungsmitglied **Chris Hani** am Ostersamstag '93 wurde Arthur Kemp als Mittäter verhaftet. Peter Dehoust veröffentlicht neben seinen eigenen Zeitungen auch als Autor in verschiedenen anderen rechtsextremen Publikationen, teilweise unter dem Pseudonym **Peter Degner**. Außerdem veröffentlicht er eigene Bücher, wie z.B. „Wille zur Zukunft" im ***Druffel-Verlag***. ◆

Index der #15

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte